

Organe

Aufsichtsrat

Gottfried Rüßmann

Köln

Vorsitzender

Vorsitzender der Vorstände
DEVK Versicherungen

Dr. Kristian Loroch

Altenstadt

Stellv. Vorsitzender der
Eisenbahn- und Verkehrs-
gewerkschaft (EVG)

Hans-Jörg Gittler

Kestert

Vorsitzender des Vorstands
BAHN-BKK

Hanka Knoche

Idstein

Mitglied des Vorstands
BAHN-BKK

Manuel Krempf

Übach-Palenberg

Beauftragter für Nachhaltigkeit
DEVK Versicherungen
Zentrale Köln

Frank Schmidt

Troisdorf

Fachgebietsleiter
Produktentwicklung/Geschäfts-
steuerung Sach/HUK
DEVK Versicherungen
Zentrale Köln

Vorstand

Jürgen Dürscheid

Köln

Dirk Kopisch

Düsseldorf

Dr. Michael Zons

Köln

Lagebericht

Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell

Die Gesellschaft betreibt das selbst abgeschlossene Private Krankenversicherungsgeschäft und seit dem 1. Januar 2000 auch das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft im Inland. Hinsichtlich der betriebenen Versicherungsarten verweisen wir auf die Anlage zum Lagebericht.

Verbundene Unternehmen, Beteiligungen

Verbundene Unternehmen der DEVK Krankenversicherungs-AG sind der

DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung
Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G.
Betriebliche Sozialeinrichtung der Deutschen Bahn, Köln,
und dessen unmittelbare und mittelbare Tochterunternehmen.

Das Grundkapital unserer Gesellschaft beträgt 8,0 Mio. € und ist zu 100 % eingezahlt. Es wird von der DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG - DEVK RE, mit der ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag besteht, zu 100 % gehalten.

Die Angabe unmittelbarer Anteile unserer Gesellschaft an den wesentlichen verbundenen Unternehmen und Beteiligungen befindet sich im Anhang.

Funktionsausgliederung, organisatorische Zusammenarbeit

Aufgrund des Generalagenturvertrags übernimmt der DEVK Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G. die Funktion der Versicherungsvermittlung sowie die damit zusammenhängenden Aufgaben.

Allgemeine Betriebsbereiche, wie z. B. Rechnungswesen, Inkasso, IT, Kapitalanlage und -verwaltung, Personal, Revision sowie Allgemeine Verwaltung, sind für alle DEVK-Unternehmen organisatorisch zusammengefasst.

Darüber hinaus wird die Bestandsverwaltung und Leistungsbearbeitung gemeinsam mit der DEVK Allgemeine Versicherungs-AG durchgeführt. Jedes Unternehmen hat jedoch separate Mietverträge und verfügt gemäß seiner Nutzung über ein eigenes Inventar und eigene Arbeitsmittel.

Gemäß dem Gemeinschaftsvertrag mit dem DEVK Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G. wird uns das erforderliche Innendienstpersonal zur Verfügung gestellt. Dieses unterliegt in den Gebieten Mathematik, Antrags-, Bestands- und Leistungstätigkeiten sowie in der Vermögensanlage und -verwaltung allein der Aufsicht und den Weisungen unseres Unternehmens.

Unser Unternehmen hat separate Mietverträge und verfügt gemäß seiner Nutzung über eigenes Inventar und eigene Arbeitsmittel.

Wir weisen darauf hin, dass Rundungsdifferenzen zu den sich mathematisch genau ergebenden Werten (Geldeinheiten, Prozentangaben usw.) auftreten können.

Die im Bericht mit ¹ gekennzeichneten Abschnitte enthalten Angaben, die nicht vom Abschlussprüfer geprüft werden.

Mit dem DEVK Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G., der DEVK Allgemeine Versicherungs-AG und der DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG - DEVK RE bestehen aktive Rückversicherungsverträge bezüglich des Auslandsreise-Krankenversicherungsrisikos.

Mit anderen Krankenversicherungsunternehmen bestehen Pool-Verträge zur Abwicklung der Pflegepflichtversicherung und der Standard- und Basistarife.

Die Gesellschaft ist Mitglied der „Gemeinschaft privater Versicherungsunternehmen zur Durchführung der Pflegeversicherung nach dem PflegeVG für die Mitglieder der Postbeamtenkrankenkasse und der Krankenversorgung der Bundesbahnbeamten (GPV)“.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland startete zunächst positiv in das Jahr 2022. Im ersten Quartal stieg das Bruttoinlandsprodukt noch um 3,9 %. Aufgrund von anhaltenden Störungen der internationalen Lieferketten, der Verschärfung der Energiekrise durch den Kriegsbeginn in der Ukraine und der daraus resultierenden Inflationserwartung reduzierte sich bereits im zweiten Quartal 2022 das Wachstum im Vorjahresvergleich auf 1,7 %. Im dritten Quartal kam es erneut zu einer leichten Abschwächung des Wachstums auf 1,3 % im Vergleich zum Vorjahr. Zusätzlich zu den bereits bestehenden Herausforderungen dürfte hier die im Juli erfolgte erste Zinserhöhung der EZB um 50 Basispunkte ebenfalls negativ auf das Wachstum gewirkt haben. Verstärkt durch weitere Zinserhöhungsschritte der EZB und der stark gestiegenen Inflation sank die Wachstumsrate im vierten Quartal erneut auf dann 0,5 % im Vergleich zum Vorjahr. Begleitet wurde diese Entwicklung durch einen deutlichen Anstieg der Inflationsraten auf mitunter 8,8 % in Deutschland (Jahresdurchschnitt 6,9 %) sowie auf durchschnittlich 8,0 % in den USA in 2022. Der Ifo-Geschäftsklimaindex stieg im Februar zunächst auf sein Jahreshoch bei 98,8 Punkten an und fiel in den folgenden Monaten auf das Jahrestief im Oktober mit 84,5 Punkten. Anschließend folgte eine leichte Erholung auf 88,6 Punkte.

Die politische Diskussion in Deutschland wurde 2022 von folgenden Themen dominiert: Unterstützung der Ukraine, staatliche Hilfen zur Abfederung der gestiegenen Energiepreise für Privathaushalte und Unternehmen sowie generelle Energiesicherheit. Für das reale BIP in Deutschland wird von Volkswirten 2023 ein Rückgang auf im Durchschnitt -0,4 % geschätzt nach einem Wachstum in Höhe von 1,9 % im Jahr 2022. Der durchschnittliche Konsens der Volkswirte ist die Erwartung einer Rezession für Deutschland im kommenden Jahr 2023. Das BIP-Wachstum in den USA lag 2022 bei 2,1 %; die Erwartung für 2023 liegt im Durchschnitt bei 0,5 %.

Der Kriegsbeginn in der Ukraine ließ im Februar die Aktienmärkte zunächst einbrechen, wobei europäische Indizes aufgrund der geografischen Nähe stärker betroffen waren als beispielsweise amerikanische Indizes. Es folgte eine rasche Erholung im Laufe des März, allerdings ohne dabei das Niveau zu Jahresbeginn wieder zu erreichen. Steigende Inflationszahlen wurden vom Markt als Indiz für stärkere Notenbankreaktionen gewertet, wodurch Anleihen eine attraktivere Alternative zu Aktieninvestitionen wurden. Der sehr volatile Aktienmarkt erreichte dann Ende September sein Jahrestief. In der Hoffnung, dass der Höhepunkt der Inflation kurz bevorsteht bzw. bereits erreicht wurde und die Anzahl und Höhe der Zinsschritte der Notenbanken somit nachlassen, startete der Aktienmarkt von dort aus eine Erholungsbewegung bis Anfang Dezember. Der deutsche Leitindex DAX verlor bis zu seinem Tiefpunkt im September ca. 24,6 % und konnte diesen Verlust mit einem Anstieg um

ca. 21,3 % bis Anfang Dezember deutlich reduzieren. Die Jahresperformance des DAX belief sich in 2022 auf -12,3 %, die des EuroStoxx 50 betrug -11,7 % und der S&P 500 notierte -19,4 % unterhalb des Jahresanfangswerts.

Die anhaltenden Inflations Sorgen und die Reaktionen der Notenbanken hierauf prägten den Rentenmarkt 2022. Nachdem die Inflation lange Zeit von der EZB als temporär eingestuft wurde, erhöhte sie schließlich im Juli, deutlich später als die FED, erstmalig nach vielen Jahren den Leitzins. Noch nie in der Geschichte der EZB erfolgten in sehr kurzen Zeiträumen so viele weitere Zinserhöhungen; im September und Oktober um jeweils 75 Basispunkte und im Dezember um weitere 0,5 %, so dass der Leitzins der EZB zum Jahresende 2,5 % betrug. Dementsprechend stiegen die risikofreien Zinssätze am Beispiel des 10-jährigen Euro-Swapsatzes bis Mitte Juni um etwa 230 Basispunkte. Von dort aus ging es jedoch bis Anfang August wieder etwa 100 Basispunkte tiefer, um anschließend zum Jahreshoch im Oktober erneut um ca. 170 Basispunkte anzusteigen. Zum Jahresende, am 31. Dezember 2022, erreichte der 10-jährige Euro-Swapsatz schließlich einen Wert in Höhe von 3,20 %. Eine ähnliche Entwicklung zeigte auch die Rendite der 10J-Bundesanleihe, welche zunächst einen Höchststand bei 1,65 % im Juni erreichte, dann wieder auf 0,75 % abfiel, danach ihr vorläufiges Jahreshoch bei ca. 2,4 % erreichte und nach einem temporären Rückgang bis Anfang Dezember in der Folge auf ihr finales Jahreshoch zum 31. Dezember 2022 bei 2,55 % anstieg. Die Risikoaufschläge auf europäische Investmentgrade-Unternehmensanleihen folgten der Zinsbewegung grundsätzlich mit leichter Zeitverzögerung, stiegen jedoch zu Beginn des Krieges in der Ukraine im Februar bis Anfang März stark an, um dann bis Ende März wieder etwas abzufallen. In der Spitze im Oktober erreichten die Risikoaufschläge ein Plus von etwa 1,4 Prozentpunkten im Vergleich zum Jahresbeginn. Im Verlauf des Jahres verstärkte sich zudem die Inversion der Zinskurve, so dass für kurze Laufzeiten höhere Zinssätze gezahlt wurden als für lange Laufzeiten.

Durch die aktuellen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen (Ukraine-Krieg, Inflation, Entwicklung der Energiepreise) traten die Auswirkungen der Corona-Pandemie deutlich in den Hintergrund, obwohl sie immer noch spürbar sind.

Die Gesetzes- und Verordnungsgebung im Gesundheitswesen wurde von zwei Vorhaben dominiert: dem GKV-Finanzstabilisierungsgesetz und der Novellierung des Infektionsschutzgesetzes.

Mit der Verabschiedung des GKV-Finanzstabilisierungsgesetzes am 20. Oktober 2022 im Deutschen Bundestag hat die Regierungskoalition Leistungskürzungen und stark steigende Zusatzbeiträge verhindert. Kern des Gesetzes sind Finanzreformen in allen Bereichen der gesetzlichen Krankenversicherung: Die Preisbildung von Arzneimitteln wird reformiert, die Honorierung von Ärzten verändert, die Finanzreserven der Krankenversicherung abgeschmolzen, der Apothekenabschlag erhöht.

Die Novellierung des Infektionsschutzgesetzes behandelt die Pandemievorsorge für den Herbst und Winter. Um das Gesundheitssystem zu entlasten, sieht das Infektionsschutzgesetz bundesweite Basismaßnahmen vor. Die neuen Corona-Regeln gelten seit dem 1. Oktober 2022. Mit diesem neuen gesetzlichen Rahmen haben die Länder alle Möglichkeiten, abgestuft auf das Infektionsgeschehen zu reagieren.

Die privaten Krankenversicherer verstehen sich nach wie vor als „Antreiber für die beste Gesundheit“. Die Dualität von gesetzlicher und privater Krankenversicherung hat sich auch 2022 bewährt. Die privaten Krankenversicherer können mit Stolz auf das letzte Jahr zurückblicken, in dem sich die Tragfähigkeit ihres Sicherungsmodells auch in den weiterhin schwierigen Zeiten gezeigt hat.

Der Bestand an vollversicherten Personen im Markt ist leicht gesunken (- 0,1 %). Im Gegenzug steigt die Zahl der Zusatzversicherungen weiter stetig an (+ 2,5 %). Die Beitragseinnahmen in der privaten Kranken- und Pflegeversicherung stiegen 2022 um 4,8 %, die Versicherungsleistungen um 3,2 %.

Geschäftsverlauf

Der wichtigste Träger des Neugeschäfts bei der DEVK Krankenversicherungs-AG war im Einklang zu den vergangenen Jahren der Bereich der Zusatzversicherungen für Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung. Im Einzelnen sind die Versicherungsarten als Anlage zu diesem Lagebericht aufgeführt. In dem immer stärker umkämpften Bereich der Zusatzversicherungen konnte die DEVK sich weiterhin gut behaupten und ihren Marktanteil leicht von 1,17 % auf 1,21 % erhöhen (nach gebuchten Bruttobeiträgen).

Der Monatssollbeitrag belief sich im Gesamtbestand zum Jahresende auf 9,34 Mio. € (Vorjahr 9,11 Mio. €). Die Beitragseinnahmen netto stiegen im abgelaufenen Jahr um 2,6 % auf 111,3 Mio. €. Dieses Wachstum ist jedoch, im Gegensatz zur üblichen Marktpraxis, kaum getrieben von Beitragsanpassungen, da fast alle Beitragssteigerungen durch RfB-Mittel ausfinanziert wurden. Wesentlicher Treiber der Veränderung der Netto-Beitragseinnahmen war hingegen das Neugeschäft im Bereich der Zusatzversicherung (Personenwachstum von 2,9 % gegenüber dem Vorjahr). Eine Übersicht über die Anzahl der versicherten Personen je Versicherungsart ist im Anhang aufgeführt.

Insgesamt wurde die Mittelfristprognose bezogen auf Wachstum und Ertrag nahezu erfüllt. In beiden Fällen wurde im Vorjahr eine Fortsetzung des bisherigen Verlaufs prognostiziert.

Das Netto-Ergebnis aus Kapitalanlagen ist 2022 deutlich von 9,0 Mio. € auf 7,9 Mio. € gesunken. Der Rückgang entspricht der Erwartungshaltung für das Jahr 2022. Zurückzuführen ist der Rückgang vor allem auf deutlich gestiegene Abschreibungen (1,6 Mio. € nach 0,2 Mio. € im Vorjahr), die aus dem gestiegenen Zinsniveau und der rückläufigen Aktienmarktentwicklung resultieren. Steigenden Abgangsgewinnen (0,9 Mio. € nach 0,5 Mio. €) standen ebenfalls höhere Abgangsverluste (0,3 Mio. € nach 0,02 Mio. €) gegenüber, sodass die Nettoverzinsung insgesamt deutlich auf 1,9 % (Vorjahr 2,4 %) sinkt.

Der gestiegene Zins für Neu- und Wiederanlagen führte – entgegen der Erwartung – zu einem nur noch leichten Rückgang der laufenden Verzinsung bezogen auf das durchschnittliche Kapitalanlagevolumen von 2,2 % auf 2,1 %. Der Kapitalanlagebestand stieg im Jahr 2022 deutlich von 398,2 Mio. € auf 424,4 Mio. €; diese Entwicklung liegt im Rahmen der Erwartung (Vorjahres-Prognose: Wir erwarten im Jahr 2022 bei moderat steigendem Kapitalanlagebestand ein absolutes Ergebnis deutlich unter dem Vorjahresniveau. Insgesamt erwarten wir einen deutlichen Rückgang der Nettoverzinsung.).

Die Strategische Asset Allokation, also die Zielaufteilung der Kapitalanlagen, wurde Ende 2019 DEVK-weit angepasst. Die Zielquoten für Realwerte (insbesondere Immobilien und Alternative Investments) wurden dabei erhöht. Durch den weiteren Ausbau der Realwerte im Kapitalanlageportfolio soll einerseits dem Niedrigzinsniveau begegnet und andererseits der reale Werterhalt und somit insgesamt und die langfristige Ertragsituation verbessert werden. Nach einer deutlichen Absenkung der effektiven Aktienquote im Jahresverlauf wurde diese ab Herbst 2022 wieder moderat erhöht. Zum Jahresende lag die effektive Aktienquote moderat unter dem Jahresanfangswert. Mittelfristig ist ein weiterer Aufbau der Aktienpositionen geplant. Der Aufbau anderer langfristig orientierter Realwerte im Bereich Private Equity und Alternativer Investments wurde im Jahr 2022 wie

geplant fortgesetzt. Eine Ausnahme stellt der Immobilienbestand dar, welcher zwar absolut anwuchs, jedoch relativ zu dem wachsenden Kapitalanlagebestand gesunken ist.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Ertragslage des Unternehmens

	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €	Veränderung Tsd. €
Versicherungstechnisches Ergebnis vor Beitragsrückerstattung	20.356	28.109	-7.753
Aufwendungen für Beitragsrückerstattung	14.987	22.098	-7.111
Versicherungstechnisches Ergebnis	5.369	6.011	-642
Nichtversicherungstechnisches Ergebnis	-2.301	-2.462	161
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	3.067	3.549	-482
Steuern	67	49	18
Gewinnabführung	3.000	3.500	-500
Jahresüberschuss	-	-	-

Beitragseinnahmen

Die gebuchten Bruttobeiträge belaufen sich per Jahresresultimo auf 111,6 Mio. € und liegen 0,9 Mio. € unter dem prognostizierten Wert. Die Beiträge nahmen dabei aufgrund des abgeschwächten Neugeschäfts im Zusatzversicherungsbereich um 2,9 Mio. € zu (Vorjahr 4,7 Mio. €), was eine prozentuale Steigerung von 2,7 % bedeutet.

Versicherungsfälle

Die Steigerungen der Aufwendungen für Versicherungsfälle f. e. R. (gezahlt und zurückgestellt, einschließlich Regulierungsaufwendungen) waren in der Vergangenheit volatil. Nachdem diese im Vorjahr um 0,9 Mio. € gestiegen waren, war dieses Jahr ein sehr starker Anstieg um 10,6 Mio. € auf 75,4 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen, was die Prognose in Höhe von 70,0 Mio. € deutlich übertroffen hat. Hier sind zum einen Nachholeffekte wegen des Endes der Corona-Pandemie verantwortlich. Dies gilt insbesondere für die Auslandsreisekrankenversicherung, in der die Leistungen wieder deutlich angestiegen sind, nachdem hier 2020 und 2021 Rückgänge um etwas über 50 % im Vergleich zum Vorjahr festzustellen waren. Zum anderen machen sich Inflationseffekte bemerkbar.

Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb liegen über dem Niveau des Vorjahres (10,9 Mio. €) und betragen 12,5 Mio. €. In den Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb sind Abschlusskosten in Höhe von 7,3 Mio. € (Vorjahr 6,9 Mio. €) sowie Verwaltungskosten in Höhe von 5,2 Mio. € (Vorjahr 4,0 Mio. €) enthalten.

Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen umfassten zum Jahresende einen Bestand in Höhe von 424,4 Mio. € (Vorjahr 398,2 Mio. €) und stiegen damit im Jahr 2022 im Rahmen der Erwartungshaltung an. Die Struktur der Kapitalanlagen hat sich 2022 nicht signifikant geändert. Der Anteil des Bestandes Alternativer Investments an den Kapitalanlagen ist entsprechend der Anpassung der Strategischen Asset Allokation leicht.

Kapitalerträge

Im Kapitalanlagebereich wurde im Jahr 2022 mit 7,9 Mio. € gegenüber dem Vorjahr mit 9,0 Mio. € entsprechend der Prognose ein deutlich niedrigeres Netto-Ergebnis erreicht. Die Gründe hierfür liegen maßgeblich in deutlich höheren Abschreibungen, insbesondere im Aktien Direktbestand, von 0,2 Mio. € auf 1,2 Mio. €. Abgangsverluste auf Kapitalanlagen stiegen von 0,02 Mio. € auf 0,3 Mio. € und somit in etwa gleichermaßen wie Abgangsgewinne auf Kapitalanlagen, von 0,5 Mio. € auf 0,9 Mio. €. Die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen gemäß Berechnungsmethode des Verbandes der Privaten Krankenversicherung e.V. ist, wie zuvor beschrieben, erwartungsgemäß deutlich auf 1,90 % (Vorjahr 2,40 %) gesunken.

In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft

Im Jahr 2022 wurde Geschäft in Rückdeckung übernommen. Es handelte sich hierbei ausschließlich um Krankenversicherungsgeschäft für kurzfristige Auslandsreisen. Hieraus ergaben sich Prämieinnahmen in Höhe von ca. 1,8 Mio. € (Vorjahr 1,7 Mio. €). Nach Abzug der Kosten, der Aufwendungen für Versicherungsfälle und der Gewinnbeteiligung verblieb ein Überschuss in Höhe von 0,9 Mio. € (Vorjahr 1,4 Mio. €). Auch hier ist analog zum selbst abgeschlossenen Geschäft eine deutlich Leistungszunahme in der Auslandsreisekrankenversicherung im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen, die den Überschuss im Vergleich zum Vorjahr verringert hat.

Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Der RfB wurden im Geschäftsjahr 15,0 Mio. € zugeführt (Vorjahr 22,1 Mio. €), womit die Prognose von 18,8 Mio. € deutlich unterschritten wurde. 8,6 Mio. € (Vorjahr 12,9 Mio. €) wurden aus der RfB zur Begrenzung von Prämienanpassungen inkl. Rechnungszinsabsenkungen entnommen. Von der Möglichkeit einer Zinstreppe hat die DEVK Krankenversicherungs-AG bisher im Sinne des Kunden keinen Gebrauch gemacht. Darüber hinaus wurde im Tarif AM-V eine Beitragsrückerstattung bei Leistungsfreiheit durchgeführt. In Abhängigkeit von den leistungsfreien vollen Versicherungsjahren wurden bis zu vier Monatsbeiträge rückerstattet. Hierfür wurden der RfB, der Prognose entsprechend, wie im Vorjahr 0,4 Mio. € entnommen.

Steuern

Aufgrund des im Jahr 2002 geschlossenen Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags mit der DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG - DEVK RE wurde eine körperschaft- und gewerbsteuerliche Organisation hergestellt.

Steuern vom Einkommen und Ertrag resultierten aus ausländischer Quellensteuer und aus den Bestimmungen des § 36a EStG. Bei den sonstigen Steuern handelt es sich zum überwiegenden Teil um Lohnsteuer.

Geschäftsergebnis und Gewinnverwendung

Der Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung betrug 3,0 Mio. € und liegt sowohl 0,5 Mio. € unter dem Ergebnis des Vorjahres als auch unter dem prognostizierten Wert.

Als versicherungstechnisches Ergebnis wurde ein Gewinn in Höhe von 5,4 Mio. € (Vorjahr 6,0 Mio. €) ausgewiesen. Dies liegt unterhalb des prognostizierten Wertes in Höhe von 6,7 Mio. €.

Finanzlage des Unternehmens

Cashflow

Die zur Bestreitung der laufenden Zahlungsverpflichtungen erforderliche Liquidität ist durch eine laufende Liquiditätsplanung, die die voraussichtliche Liquiditätsentwicklung der folgenden zwölf Monate berücksichtigt, gewährleistet. Der Gesellschaft fließen durch Beitragseinnahmen, durch die Kapitalanlageerträge und durch den Rückfluss von Kapitalanlagen laufend liquide Mittel zu. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit, das heißt der Mittelbedarf für das Nettoinvestitionsvolumen, betrug im Geschäftsjahr 7,6 Mio. €. Die hierfür erforderlichen Mittel wurden durch die laufende Geschäftstätigkeit erwirtschaftet.

Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Die RfB in Höhe von 50,4 Mio. € liegt deutlich oberhalb des Vorjahreswerts von 45,3 Mio. €. Dies ist auf die erneut hohe Zuführung bei gleichzeitig verringerter Entnahme im Jahr 2022 zurückzuführen. Es wurden Limitierungsmittel zur Begrenzung der Beitragsanpassungen in Höhe von 8,6 Mio. € verwendet (Vorjahr 12,7 Mio. €). Die RfB-Quote steigt 2022 daher weiter von zuvor 40,8 % auf 44,3 %. Die RfB ist somit nach wie vor in ausreichender Höhe dotiert, um auch zukünftige Limitierungen finanzieren zu können.

Rating¹

Die Rating-Agentur Fitch hat 2022 die Finanzstärke der DEVK Krankenversicherungs-AG unverändert mit „A+“ eingestuft. Der Ausblick ist weiterhin „stabil“.

Vermögenslage des Unternehmens

	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €	Veränderung Tsd. €
Kapitalanlagen	424.449	398.212	26.237
Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft	1.142	1.213	-71
Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft	161	204	-42
Sonstige Forderungen	988	-	988
Übrige Aktiva	13.211	12.321	891
Gesamtvermögen	439.952	411.949	28.003
Eigenkapital	32.177	32.177	-
Versicherungstechnische Rückstellungen	393.317	366.543	26.774
Andere Rückstellungen	5.282	4.770	512
Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft	766	642	125
Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft	23	55	-32
Sonstige Verbindlichkeiten	6.721	7.679	-958
Übrige Passiva	1.666	84	1.583
Gesamtkapital	439.952	411.949	28.003

Insgesamt ergaben sich in der Zusammensetzung des Kapitalanlagebestands 2022 zu Buchwerten keine wesentlichen materiellen Veränderungen. Der Anteil der Alternativen Investments ist angewachsen. Innerhalb des Aktienblocks sank abschreibungsbedingt der Anteil des Aktien-Direktbestands.

Die stärkere Ausrichtung der Kapitalanlagestrategie in Richtung der Realwerte spiegelt sich in der Veränderung des Kapitalanlagebestandes nur in geringem Maße wider. Dies liegt zum einen daran, dass die Anpassung der Asset Allokation insbesondere bei illiquiden Kapitalanlagen einen mittelfristigen Prozess darstellt. Zum anderen erfolgt zur Risikosteuerung eine taktische Anpassung der Kapitalanlagen, welche Anpassungen kompensieren oder auch verstärken kann.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Kundenzufriedenheit

Unsere seit Jahren geringe Zahl an BaFin- und Ombudsmannbeschwerden zeigt eine hohe Kundenzufriedenheit.

Die Kundenzufriedenheit ist für die DEVK das oberste strategische Ziel. Deshalb analysiert die DEVK jährlich die Zufriedenheit der eigenen Kunden.

Hierfür wird eine Versicherungsmarktstudie zugrunde gelegt, die die Kundenzufriedenheit von 23 Top-Serviceversicherern in Deutschland anhand einer Punkteskala abbildet. Entwicklungen im Zeitablauf und im Mitbewerbervergleich werden hierdurch anschaulich messbar. Im Hinblick auf die Gesamtzufriedenheit belegt die DEVK aktuell Platz 6. Als Ziel für die Kundenzufriedenheit hat sich die DEVK für die kommenden Jahre die Erreichung des ersten Platzes gesetzt.

Kundenzufriedenheitsindex		
	Geschäftsjahr	Vorjahr
	Punkte	Punkte
Ist	769	761
Ziel	766	753

Gesamtaussage zum Wirtschaftsbericht

Insgesamt hat sich die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens im Geschäftsjahr 2022 gut entwickelt, wenn auch nicht ganz so gut wie zuvor prognostiziert worden war. Dank eines geringeren Limitierungsbedarfs zur Abmilderung von Beitragsanpassungen im Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr zum einen und einer erneut hohen Zuführung zum anderen ist die RfB weiterhin ausreichend dotiert. Die DEVK Krankenversicherungs-AG sieht sich damit in der Lage, auch zukünftig Beitragsanpassungen im Sinne der Bestandskunden zu vermeiden oder abzumildern.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognosebericht

Die Zusatzversicherung zur gesetzlichen Krankenversicherung ist und bleibt für die DEVK Krankenversicherungs-AG das zentrale Wachstums- und Geschäftsfeld. Insgesamt muss sich hier unverändert auf eine verstärkte Wettbewerbssituation eingestellt werden, der durch entsprechende Vertriebsaktivitäten begegnet wird. Für das Jahr 2023 wird eine Beitragseinnahme in Höhe von insgesamt 116,0 Mio. € prognostiziert. Bei den

Aufwendungen für Versicherungsfälle f. e. R. (gezahlt und zurückgestellt, einschließlich Regulierungsaufwendungen) wird im Wesentlichen aufgrund von Nachholeffekten in der ambulanten und dentalen Zusatzversicherung und weiterhin in der Auslandsreise-Krankenversicherung zum einen und wegen inflationären Effekten zum anderen eine Steigerung auf ca. 80,0 Mio. € erwartet.

Im Jahr 2023 ist eine Beitragsrückerstattung bei Leistungsfreiheit in dem Tarif AM-V in vergleichbarer Höhe zu 2022 vorgesehen.

Von der zum 31. Dezember 2022 bestehenden erfolgsabhängigen RfB in Höhe von 49,4 Mio. € sind 19,4 Mio. € zur Begrenzung von Beitragsanpassungen zum 1. Januar 2023 und für Beitragsreduzierungen für ältere Versicherte festgelegt.

Für 2023 werden Aufwendungen für Beitragsrückerstattungen in Höhe von 16,0 Mio. € und ein versicherungstechnisches Ergebnis von 5,8 Mio. € erwartet.

Gemäß der Mittelfristplanung wird weiterhin davon ausgegangen, dass sich das Wachstum und die Ertragssituation der DEVK Krankenversicherungs-AG auch in den kommenden Jahren fortsetzen werden.

Die Inflationsrate wird in den kommenden Jahren – neben den weltpolitischen Einflussfaktoren - einer der Hauptfaktoren für die Entwicklung an den Kapitalmärkten sein. Zudem wird die Energiepreisentwicklung als ein wesentlicher Treiber für die wirtschaftliche Entwicklung gesehen. Wie die meisten Experten erwarten auch wir eine zumindest leichte Rezession. Sollte es darüber hinaus durch Zweitrundeneffekte zu anhaltend hohen Kerninflationen kommen (z. B. durch eine Lohn-Preis-Spirale) wird sich dies voraussichtlich dämpfend auf das Wirtschaftswachstum auswirken. Gerade für deutsche Unternehmen kann eine weitere Eskalation des China-Taiwan-Konflikts durch die hohe wirtschaftliche Abhängigkeit von China problematisch werden. Nach den Erfahrungen der gestörten Lieferketten und vor diesem Hintergrund erwarten wir weitere deglobalisierende Tendenzen, die ebenfalls inflationär wirken dürften. Trotzdem gehen wir davon aus, dass unter anderem die bisherige Notenbankpolitik der EZB und der FED bereits dazu führen wird, dass die Inflation ihren Höhepunkt erreicht hat und nun im weiteren Verlauf absinken wird. Den Aktienmarkt erwarten wir im Jahr 2023 auch gerade im Rahmen einer rezessiven Entwicklung weiterhin sehr volatil.

Wichtige wirtschaftliche Frühindikatoren wie Einkaufsmanagerindizes sind im Jahr 2022 stark und relativ kontinuierlich gesunken. Zum Jahresende hin zeigte sich jedoch eine Trendwende, die auf eine Erholung in 2023 hindeuten könnte. Auch vom ifo-Geschäftsklimaindex für Deutschland und den Erzeugerpreisen kommen zum Jahresende hin erste positive Signale. Diese Entwicklung stützt unsere Erwartung, dass die Inflation ihren Höhepunkt überschritten hat. Zudem konnten einige Unternehmen ihre Ergebniserwartungen übertreffen, so dass die Berichtssaison zum Jahreswechsel nicht so schlecht wie befürchtet ausfiel. Im Zuge der Erholung zum Jahresende haben sich die Unternehmensbewertungen wieder etwas erhöht, liegen aber noch unter ihrem langjährigen Durchschnitt. Die globale Konjunktur steuert nach Prognosen der Weltbank 2023 auf ein geringes Wirtschaftswachstum von 1,7 % zu. Neben den Lockdowns aufgrund der Null-Covid-Politik in China, befindet sich der Immobilienmarkt, der einen großen Anteil am BIP hat, dort weiterhin in der Krise. Für 2023 und 2024 erwarten Volkswirte für China durchschnittlich jeweils ein jährliches Wachstum von nur noch 5,1 % bzw. 5,0 %.

Insgesamt erwarten wir aufgrund der weiterhin bestehenden Unsicherheiten einen anhaltend volatilen Kapitalmarkt im Jahr 2023.

Für die DEVK Krankenversicherungs-AG erwarten wir im Bereich der Kapitalanlagen im Jahr 2023 bei moderat steigendem Kapitalanlagebestand ein absolutes Ergebnis deutlich oberhalb des Vorjahresniveaus. Dies begründet sich insbesondere durch die Erwartung sinkender Abschreibungen bei Aktien und niedrigerer außerordentlicher Abgangsverluste. Der höhere Zins für Neu- und Wiederanlagen wird unserer Einschätzung nach eine leichte Steigerung der absoluten laufenden Verzinsung in Prozent der Kapitalanlagen zur Folge haben. Insgesamt erwartet die Gesellschaft eine moderate Erhöhung der Nettoverzinsung. Die prognostizierte Entwicklung kann bei einer Eskalation des Russland-Ukraine-Konflikts, eines (Wieder-) Anstiegs der Inflation oder einer Verschärfung der geopolitischen Situation rund um China negativ abweichen.

Es ist unser Ziel, in den nächsten Jahren unser derzeitiges Niveau der Gewinnabführung in Höhe von 3,0 Mio. € mindestens zu halten. Für 2023 wird daher eine Gewinnabführung von 3,5 Mio. € prognostiziert.

Im Geschäftsjahr 2023 strebt die DEVK eine weitere Verbesserung der Kundenzufriedenheit an. Der zur Messung verwendete Index soll von 769 Punkten (Istwert 2022) auf 774 Punkte gesteigert werden.

Chancenbericht

Unsere Zeichnungspolitik und unser Rückversicherungskonzept bilden die Chancen für ein weiteres solides Wachstum der Gesellschaft.

Die nach wie vor erfolgreiche Kooperation im Bereich der gesetzlichen Krankenkassen bietet weiterhin ein großes Potenzial für neue Kundenbeziehungen. Hier können den Mitgliedern bedarfsgerechte Produkte zu besonders günstigen Konditionen angeboten werden.¹

Die Einbettung unserer Gesellschaft in einen Versicherungskonzern, der im Privatkundensegment umfassenden Versicherungsschutz anbietet, eröffnet uns die Möglichkeit, spartenübergreifende Synergieeffekte zu nutzen.

Im Zusammenspiel von konkurrenzfähigen Produkten, einem guten Service sowie unserem leistungsstarken Vertrieb sehen wir uns daher weiterhin sehr gut aufgestellt.

Durch die Einführung eines neuen Bestandsführungssystems werden der DEVK Krankenversicherungs-AG neue Möglichkeiten der Prozessoptimierung sowie der automatisierten Verarbeitung eröffnet. Zudem wird die Abbildung neuartiger Tarife, z. B. im Bereich der betrieblichen Krankenversicherung, erleichtert. Die Einführung des neuen Bestandsführungssystems wird in zwei Phasen vorgenommen, von denen die erste mit der Umstellung der Auslandsreise-Krankenversicherung bereits im Januar 2020 erfolgreich abgeschlossen wurde. Die zweite Phase der Einführung soll Mitte 2023 abgeschlossen werden.

Seit 2020 haben wir unseren Fokus noch stärker auf die Zielgruppen des Verkehrsmarktes gelegt, um insbesondere den Wünschen und Bedürfnissen der Mitarbeitenden im Schienen-, Personen- und Güterverkehr gerecht zu werden. Dabei wurden schon verschiedene Veranstaltungen und Maßnahmen erfolgreich durchgeführt, um bei Fragen rund um Sicherheit, Gesundheit und Versorgung zu informieren und zu unterstützen. Daran wollen wir auch im Jahr 2023 anknüpfen und unsere Kundenbindungen weiter ausbauen.

In der Kapitalanlage sehen wir im Jahr 2023 neben den Risiken und trotz des volatilen Marktumfeldes auch attraktive Investitionsmöglichkeiten. In der Regel steigen innerhalb von Rezessionen die Risikoaufschläge im An-

leihen-Bereich an, so dass auch erfolgreiche Unternehmen höhere Renditen zahlen müssen. Hier bietet sich die Chance unter Rendite-Risiko Gesichtspunkten attraktive Anleihen zu erwerben. Im Rahmen der zurückgehenden Inflation und einer gedrosselten Zinserhöhungspolitik - kombiniert mit rezessiven Entwicklungen - erwarten wir zudem mittelfristig sinkende Renditen. Aktienmärkte beenden ihren Abwärtstrend häufig mit Beginn einer Rezession, sodass eine Erholung der Kurse im Jahresverlauf 2023 nicht ausgeschlossen ist. Trotz der erhöhten Volatilitäten sehen wir langfristig weiterhin einen Renditevorteil bei Realwerten gegenüber Anleihen, auch wenn diese kurzfristig wieder an Attraktivität gewonnen haben.

Der Immobilienmarkt dürfte bei einem anhaltenden höheren Zinsniveau, kombiniert mit einer Rezession, mit Preisrückgängen reagieren. Hierdurch könnten sich aber auch Opportunitäten ergeben, Immobilien in (sehr) guten Lagen mit langfristig bonitätsstarken Mietern günstiger zu erwerben und sich somit die Chance auf langfristig höhere Renditen zu sichern. Der geplante Ausbau von Realwerten im Portfolio erhöht mittelfristig die Ertragschancen der Kapitalanlage.

Risikobericht

Gemäß § 289 Abs. 1 HGB und den Anforderungen des § 26 VAG in Verbindung mit den Mindestanforderungen an die Geschäftsorganisation von Versicherungsunternehmen (MaGo) wird an dieser Stelle über die Risiken der künftigen Entwicklung berichtet.

Risikomanagementsystem

Der Vorstand eines Versicherungsunternehmens ist nach § 26 Abs. 1 VAG für die Einrichtung eines angemessenen Risikomanagements verantwortlich. Die Grundlagen des Risikomanagements sowie die Aufgaben und Verantwortlichkeiten sind innerhalb der DEVK in der Risikostrategie sowie den Solvency II-Leitlinien zum Risikomanagement geregelt.

Die Risikomanagementfunktion und das zugehörige Risikomanagementsystem wurden gemäß den Solvency II-Anforderungen ausgerichtet. Die Risikomanagementfunktion wurde als Schlüsselfunktion in einer zentralen Einheit etabliert. Unterstützt wird die Risikomanagementfunktion durch dezentrale Risikomanagementeinheiten (z. B. Rückversicherung, Kapitalanlagen). Hierzu findet ein regelmäßiger Austausch, nicht zuletzt durch die dezentrale Risikorunde bzw. das Risikokomitee, statt. Das Risikomanagementsystem verfügt somit sowohl über eine zentral organisierte Einheit, deren Aufgabe es ist, das Risikomanagement übergreifend über alle Risikokategorien sicherzustellen, als auch über dezentrale Risikomanagement-Einheiten, die mit ihrem Spezialwissen die Risikosituation vor Ort betrachten. Die operative Risikoverantwortung der Fachbereiche sowie die Verantwortung des Vorstands bleiben hiervon unberührt. Die Risikomanagementfunktion verantwortet die Methoden und Verfahren des Risikomanagements und ist für die konzeptionelle Entwicklung und Pflege des unternehmensweiten Risikomanagementsystems zuständig. Sie übernimmt die Koordinationsfunktion und unterstützt die Risikoverantwortlichen in den Fachbereichen.

Kernelemente zur Steuerung der Risiken der DEVK sind das Risikotragfähigkeitskonzept und das Limitsystem. Das Risikotragfähigkeitskonzept stellt eine ausreichende Hinterlegung von Eigenmitteln für alle wesentlichen Risiken sicher. Es dient dazu, den Risikoappetit des Unternehmens abzubilden und zu operationalisieren. Dafür werden für die wesentlichen Risiken („Marktrisiko“, „versicherungstechnisches Risiko“ und „Ausfallrisiko“) Grenzwerte bestimmt, um die Zielbedeckungsquote der Unternehmen für ein vordefiniertes Sicherheitsniveau

sicherzustellen. Dadurch werden den genannten Risiken jährlich neue Maximalgrenzen für das jeweilige Risikokapital zugeordnet.

Zur Operationalisierung der Risikosteuerung wird innerhalb der DEVK ein Limitsystem als Überwachungssystem zur frühzeitigen Risikoidentifikation und -bewertung eingesetzt. Die Limitauslastung wird in Form von Risikokennzahlen dargestellt.

Zusätzlich wird halbjährlich eine umfassende Risikoinventur durchgeführt. Die Risiken werden strukturiert mit Hilfe einer Softwarelösung erhoben und nach Risikokategorien unterteilt. Die Risiken werden soweit möglich quantifiziert. Die zur Risikosteuerung notwendigen Maßnahmen werden erfasst. Zudem werden Risiken ad hoc betrachtet, sofern sie wesentlich sind.

Mit Hilfe von Risikotragfähigkeitskonzept, Limitsystem und Risikoinventur kann unmittelbar und angemessen auf Entwicklungen reagiert werden, die für die DEVK ein Risiko darstellen. Wirksamkeit und Angemessenheit werden durch die Interne Revision überwacht.

Die Risikolage der Einzelunternehmen und des Konzerns wird quartalsweise anhand des Risikoberichts in der dezentralen Risikorunde sowie im Risikokomitee erörtert. Hierbei werden die als wesentlich identifizierten Risiken, die Limitauslastungen und die aktuellen Risikotreiber berücksichtigt. Anschließend wird der Risikobericht den jeweils verantwortlichen Vorständen im Rahmen einer Vorstandsvorlage vorgelegt.

Versicherungstechnische Risiken

In der Krankenversicherung sind dies im Wesentlichen das Änderungs-, Irrtums- und Zufallsrisiko sowie das Zinsrisiko. Diese werden mittels Standardformel ermittelt.

Das Änderungsrisiko besteht im Wesentlichen darin, dass sich aufgrund von Entwicklungen im Gesundheitswesen, durch die häufigere Leistungsanspruchnahme durch die Versicherten oder durch geändertes Kundenverhalten die Rechnungsgrundlagen für die Tarife ändern.

Das Irrtumsrisiko besteht darin, dass bei der Erstkalkulation eines Tarifs eine fehlerhafte Risikoeinschätzung erfolgte, die durch eine spätere Beitragsanpassung nicht mehr korrigiert werden kann.

Das Risiko, dass zufallsbedingt höhere Schadenaufwendungen als erwartet bzw. kalkuliert entstehen, wird Zufallsrisiko genannt.

Den oben genannten Risiken treten wir durch ausführliche Arbeitsrichtlinien und durch ständige Weiterbildungsmaßnahmen unserer Mitarbeiter entgegen. Mit Hilfe unserer Planungs- und Steuerungselemente können wir unerwünschte Vertriebs-, Bestands- und Schadenentwicklungen frühzeitig erkennen und ggf. entgegenwirken. Zahlungen und Verpflichtungserklärungen unterliegen strengen Regelungen hinsichtlich Vollmachten und Berechtigungen, deren Einhaltung durch ein mehrstufiges Stichprobenverfahren geprüft wird.

Durch eine sorgfältige Produktentwicklung und ständige aktuarielle Verlaufsanalysen stellen wir sicher, dass die verwendeten Rechnungsgrundlagen angemessen sind und ausreichende Sicherheitsmargen enthalten. Darüber hinaus ist in allen Allgemeinen Versicherungsbedingungen eine Beitragsanpassungsklausel enthalten, so dass die Tarifbeiträge an eine Veränderung der Schadenaufwendungen angepasst werden können.

Zusätzlich werden unerwünschte größere Schwankungen unserer Risikoergebnisse durch geeignete Rückversicherungsverträge verhindert.

Das Zinsrisiko besteht darin, dass dem zum aktuellen Vertragsstand vereinbarten Rechnungszins über einen längeren Zeitraum niedrigere Markttrenditen gegenüberstehen. Der verwendete durchschnittliche unternehmensindividuelle Rechnungszins (duRz) lag in diesem Geschäftsjahr oberhalb der Nettoverzinsung. Für das Neugeschäft war im Jahr 2022 ein Rechnungszins in der Spanne von 1,80 % bis 2,40 % einkalkuliert. Zum 31. Dezember 2022 lag der duRz bei 1,965 % (Vorjahreswert 2,032 %).

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Die Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft ergeben sich in der Erstversicherung aus Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern, Versicherungsvermittlern und Rückversicherern. Zur Reduzierung des Risikos des Ausfalls von Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern und Versicherungsvermittlern besteht ein etabliertes Kontrollsystem.

Unsere fälligen Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft betragen im Beobachtungszeitraum der letzten drei Jahre durchschnittlich 1,97 Mio. €. Von diesen Forderungen sind durchschnittlich 0,04 Mio. € (2,2 %) ausgefallen. Bezogen auf die durchschnittlich gebuchten Bruttobeiträge (103,2 Mio. €) belief sich die Ausfallquote der letzten drei Jahre auf 0,04 %. Das Ausfallrisiko ist daher für unser Unternehmen von untergeordneter Bedeutung.

Zum Bilanzstichtag bestehen Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft mit einer Laufzeit von mehr als 90 Tagen in Höhe von 1,1 Mio. €.

Die zum Jahresende bestehenden Abrechnungsforderungen gegenüber Rückversicherern beliefen sich auf 0,16 Mio. €. Eine Übersicht über die Abrechnungsforderungen sowie das Rating unserer Rückversicherungspartner gibt die folgende Tabelle:

Ratingklasse	Abrechnungsforderungen in Mio. €
A+	0,16

Kapitalanlagerisiken

Die Risiken aus Kapitalanlagen umfassen:

- das Risiko ungünstiger Marktpreisentwicklungen, insbesondere Zins-, Aktien-, Immobilien- oder Wechselkursrisiken,
- das Risiko von Adressenausfällen (Bonitätsrisiko),
- das Risiko stark korrelierender Risiken, die das Ausfallrisiko erhöhen (Konzentrationsrisiko),
- das Liquiditätsrisiko, also das Risiko, Zahlungsverpflichtungen nicht jederzeit nachkommen zu können.

Seit 1. Januar 2017 gibt der interne Anlagekatalog die maßgeblichen Rahmenbedingungen für unsere Anlagepolitik vor. Die Strategische Asset Allokation konkretisiert die Anlagepolitik der DEVK. Seit 2020 beinhaltet die Strategische Asset Allokation eine eigene Assetklasse für Alternative Investments (Infrastruktur und Sonstiges). Durch den geplanten weiteren Ausbau von nicht-zinsabhängigen Kapitalanlagen infolge der Anpassung der Strategischen Asset Allokation steigen mittelfristig die potenziellen Wertschwankungen und sinkt teilweise die kurzfristige Handelbarkeit der Kapitalanlagen. Der geplante Ausbau von Realwerten im Portfolio erhöht mittelfristig somit das Risikoniveau der Kapitalanlagen.

Kurs- und Zinsrisiken wird weiterhin durch eine ausgewogene Mischung der Anlagearten begegnet. Darüber hinaus beschränken wir das Bonitätsrisiko bzw. das Konzentrationsrisiko durch sehr strenge Rating-Anforderungen und ständige Überprüfung der von uns gewählten Emittenten, so dass keine existenzgefährdenden Abhängigkeiten von einzelnen Schuldnern bestehen. Durch einen fortlaufenden ALM-Prozess (Asset-Liability-Management) wird die jederzeitige Erfüllung der bestehenden und zukünftigen Verpflichtungen sichergestellt.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2022 haben wir einen eigenen Kapitalanlagestresstest durchgeführt. Dieser überprüft, ob das Versicherungsunternehmen trotz einer eintretenden, anhaltenden Krisensituation auf den Kapitalmärkten in der Lage ist, die gegenüber den Kunden eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Der Kapitalanlagestresstest simuliert eine kurzfristige, adverse Kapitalmarktveränderung und betrachtet die bilanziellen Auswirkungen für das Versicherungsunternehmen. Zielhorizont ist der nächste Bilanzstichtag. Es wird insbesondere eine negative Entwicklung auf dem Aktienmarkt bei gleichbleibendem Rentenmarkt, ein gleichzeitiger „Crash“ auf dem Aktien- und Rentenmarkt sowie auf dem Aktien- und Immobilienmarkt unterstellt.

Liquiditätsrisiken werden anhand einer detaillierten mehrjährigen Kapitalanlageplanung gesteuert. Sollte sich zukünftig eine Liquiditätsunterdeckung ergeben, kann frühzeitig gegengesteuert werden. Zur besseren Einschätzung der Liquiditätsrisiken werden auch Liquiditätsstressszenarien abgeleitet aus den Solvency II-Stressen durchgeführt und bewertet. Darüber hinaus werden die Kapitalanlagen in verschiedene Liquiditätsklassen eingeteilt. Vorgegebene Grenzwerte in Relation zum Kapitalanlagebestand dürfen dabei nicht unterschritten werden. Die Einhaltung der Grenzen wird regelmäßig überprüft.

Zur Absicherung von Kapitalanlagerisiken bestehen Ende 2022 die folgenden Maßnahmen:

- Flexible Steuerung der Investitionsquote insbesondere im Spezialfonds, z. B. über Indexfutures sowie teilweise die Implementierung von Wertuntergrenzen
- Nutzung von Anleihevorkäufen
- Anpassung von Aktienrisiken über Optionsgeschäfte.

Zinsblock

Per 31. Dezember 2022 beträgt der Zinsblock der Gesellschaft zu Buchwerten 366,3 Mio. €. Dieser weist zum Stichtag eine negative Bewertungsreserve in Höhe von 57,6 Mio. € auf, im Vorjahr betragen die Bewertungsreserven im Zinsblock 22,7 Mio. €. Insgesamt 228,5 Mio. € sind als Inhaberpapiere (inkl. Rentenfonds) bei Zinsanstiegen abschreibungsgefährdet. Von diesen Inhaberpapieren haben wir gemäß § 341b HGB ein Volumen von 227,6 Mio. € dem Anlagevermögen gewidmet, da die Absicht besteht, diese Papiere bis zur Endfälligkeit zu halten und etwaige Kursschwankungen als vorübergehend eingeschätzt werden. Sollte sich insbesondere die zweite Einschätzung als nicht zutreffend erweisen, werden die notwendigen Abschreibungen zeitnah vorgenommen. Diese Kapitalanlagen weisen eine negative Bewertungsreserve in Höhe von 33,4 Mio. € aus. Diese teilt sich auf stille Lasten in Höhe von 33,5 Mio. € (Vorjahr 0,9 Mio. €) sowie stille Reserven in Höhe von 0,1 Mio. € (Vorjahr 14,9 Mio. €) auf. Da der Anstieg der stillen Lasten primär auf die Marktzinsbewegung zurückzuführen ist und keine Anhaltspunkte für eine Bonitätsverschlechterung vorliegen, besteht aufgrund der Halteabsicht bis zur Endfälligkeit keine dauerhafte Wertminderung. Die Auswirkung einer Renditeverschiebung um +/- 1 %-Punkt bedeutet eine Wertveränderung von -20,7 Mio. € bzw. 22,9 Mio. €.

Die Angabe der Auswirkung eines Zinsanstiegs um einen Prozentpunkt gibt nur ansatzweise einen Hinweis auf den Einfluss auf unsere Ertragssituation. Grund dafür ist, dass sich innerhalb eines Jahres durch Restlaufzeitverkürzung der einzelnen Wertpapiere Marktwertveränderungen und Veränderungen der Zinssensitivität

ergeben. Weiterhin ist der überwiegende Teil unserer Zinsanlagen in – dem Anlagevermögen gewidmeten – Inhaberschuldverschreibungen oder zum Nennwert bilanzierten Anleihen investiert. Hier führt ein Anstieg des Marktzinses aufgrund der Bilanzierungsvorschriften nicht zu Abschreibungen. Weisen die Wertpapiere noch stille Reserven aus, würden diese zunächst abgebaut werden. Ausnahme hiervon sind Wertverluste aufgrund von Bonitätsverschlechterungen, die sich bei den jeweiligen Emittenten ergeben könnten. Die kurzfristigen Ausweitungen der Risikozuschläge in der ersten Jahreshälfte 2022 verdeutlichen dies. Zum Ende des Jahres 2022 lagen diese deutlich oberhalb des Ausgangswerts zu Jahresanfang. Wie schon 2022 zu beobachten war, sind ansteigende Risikozuschläge infolge von Bonitätsverschlechterungen in einer wirtschaftlichen Abschwächung, infolge einer Erwartung steigender Zinsen oder einer Aktienmarktkorrektur, in 2023 möglich.

Unsere Zinsanlagen erfolgen überwiegend in Pfandbriefen und Bankschuldverschreibungen sowie internationalen Unternehmensanleihen. Der Schwerpunkt der Rentennewuanlage lag im Jahr 2022 in internationalen Inhaberschuldverschreibungen von Banken und Unternehmen sowie staatsnahen Emittenten. Bei den Rentenanlagen insgesamt handelt es sich um Inhaberpapiere, die größtenteils dem Anlagevermögen gewidmet sind, sowie Namenspapiere.

In einem niedrigen Umfang werden Anleihen von den europäischen Peripherieländern Italien und Spanien gehalten. Anleihen von Emittenten aus Russland und der Ukraine sind nicht im Direktbestand oder in durchgeschauten Spezialfonds vorhanden. Hinsichtlich der Emittentenrisiken ist die Gesellschaft zu 2,7 % in Staatspapieren, 37,0 % in Unternehmensanleihen und 46,6 % in Wertpapieren und Anlagen von Kreditinstituten und anderen Finanzdienstleistern im Verhältnis zu den gesamten Kapitalanlagen investiert. Investitionen bei Kreditinstituten unterliegen größtenteils den verschiedenen gesetzlichen und privaten Einlagensicherungssystemen oder es handelt sich um Zinspapiere mit besonderen Deckungsmitteln kraft Gesetzes.

Unsere Zinsanlagen weisen folgende Ratingverteilung auf:

Ratingverteilung		
	Geschäftsjahr	Vorjahr
AA- und besser	42,4 %	41,6 %
A- bis A+	32,4 %	34,7 %
BBB- bis BBB+	25,0 %	22,9 %
BB+ und schlechter	0,3 %	0,9 %

Die Ratingverteilung der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr etwas von „A-bis A+“ in Richtung „AA- und besser“ und „BBB- bis BBB+“ verschoben. Insgesamt hat sich dadurch die Risikolage leicht erhöht. Wir werden bei Neu- und Wiederanlagen weiterhin nahezu ausschließlich in Zinspapiere hoher Bonität investieren.

Aktienanlagen

Unsere Aktienanlagen sind schwerpunktmäßig am DAX und EuroStoxx50 ausgerichtet, so dass die Veränderung dieser Indizes auch die Wertänderung unseres Portfolios relativ exakt abbildet. Bei einer Marktveränderung von 20 % verändert sich der Wert unseres Aktienportfolios um 5,2 Mio. €. Es wurden keine Aktienanlagen dem Anlagevermögen gewidmet. Somit liegen bei Aktienanlagen keine stillen Lasten im Anlagevermögen vor. Der deutsche Aktienindex hat sich inklusive Dividenden in einem schwierigen Marktumfeld im Jahr 2022 insgesamt negativ entwickelt, der europäische Aktienindex hat eine nur unwesentlich bessere Performance gezeigt. Die Schwankungen innerhalb des Jahres waren z. T. hoch. Mittelfristig erwarten wir eine positive Entwicklung, allerdings unter zum Teil hohen Volatilitäten.

Vor dem Hintergrund unserer Markteinschätzung haben wir die effektive Aktienquote im Jahr 2022 aktiv deutlich gesenkt mit steigender Tendenz zum Jahresende. Insgesamt liegt die effektive Aktienquote zum Jahresende unterhalb des Werts vom Jahresanfang. Sollten sich zukünftig infolge z. B. einer Verschärfung des Russland-Ukraine-Konflikts oder einer Zunahme der Spannungen zwischen China und Taiwan wirtschaftliche Probleme ergeben, kann die Aktienquote aktiv angepasst werden. So wurde beispielsweise aufgrund der Verschärfung der Ukrainekrise zu Beginn des Jahres 2022 bereits die effektive Aktienquote durch Futureabsicherungen in einem Spezialfonds gesenkt. Eine Investition in russischen oder ukrainischen Aktien liegt nicht vor.

Immobilien

Am Bilanzstichtag waren 13,4 Mio. € in Immobilienfonds und 9,7 Mio. € in Grundstücksbeteiligungen investiert. Auswirkungen aus einem möglichen Abschwung am Immobilienmarkt werden durch vorhandene stille Reserven, Diversifizierung und möglichst langfristige Mietverträge begrenzt. Abgesehen vom Inflationsrisiko, das über eine Indexierung der Mietverträge begrenzt wird, liegen keine besonderen Risiken vor.

Alternative Investments

Im Rahmen der Ende 2019 angepassten Strategischen Asset Allokation wurde beschlossen, diese Assetklasse weiter auszubauen. Der Bestand an Alternativen Investments (ohne Private Equity) verteilt sich auf Investitionen in Infrastruktur und Sonstiges. Das Volumen liegt zum 31. Dezember 2022 bei 7,2 Mio. € (Vorjahr 5,1 Mio. €). Dies entspricht 1,7 % (Vorjahr 1,3 %) der gesamten Kapitalanlagen zu Buchwerten. Der Bestand teilt sich auf in 65 % Infrastruktur und 35 % Sonstige Alternative Investments. Im Geschäftsjahr 2022 sind – wie schon im Vorjahr – keine Zu- und Abschreibungen entstanden. Der ordentliche Ertrag 2022 erhöht sich deutlich auf 0,2 Mio. € nach 0,1 Mio. € im Vorjahr. Konstruktionsbedingt entsteht bei Alternativen Investments der größte Teil der Kosten zu Beginn der Investitionsphase.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken entstehen aus unzulänglichen oder fehlgeschlagenen betrieblichen Abläufen, Versagen technischer Systeme, menschlichem Fehlverhalten oder externen Ereignissen. Rechtsrisiken sind Bestandteil der operationellen Risiken. Hierunter zählen auch Compliance-Risiken.

Das Management der operationellen Risiken erfolgt durch eine sorgfältige Ausgestaltung des Internen Kontrollsystems. Zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der betrieblichen Abläufe sind zu den Risiken entsprechende Kontrollen eingerichtet. Deren Funktionsfähigkeit wird laufend überwacht, etwaige Kontrollschwächen werden beurteilt und gegebenenfalls beseitigt. Im Rahmen des Internen Kontrollsystem-Prozesses erfolgt eine Zuweisung klarer Zuständigkeiten für die regelmäßige Ermittlung, Dokumentation und Überwachung relevanter Exponierungen gegenüber dem Risiko.

Eine Risikoentlastung der DEVK Krankenversicherungs-AG wird durch die Einführung des neuen Bestandsführungssystems erwartet, da nach der Einführung eine zeitgemäße Umgebung zur Optimierung der Arbeitsabläufe, zur Abbildung moderner Tarife (z. B. im Bereich betriebliche Krankenversicherung) sowie zur Umsetzung gesetzlicher Anforderungen zur Verfügung stehen wird.

Operationelle Risiken werden schwerpunktmäßig in der halbjährlichen Risikoinventur und fortlaufend in der Prozessdokumentation erfasst und beschrieben.

Die Unterstützung der Geschäftsprozesse durch den IT-Betrieb bringt eine Vielzahl operationeller Risiken mit sich. Die Sicherheit der Programme und der Datenhaltung sowie des laufenden Betriebs werden durch umfassende Zugangskontrollen und Schutzvorkehrungen sowohl in den internen Rechenzentren als auch in Rechenzentren der Drittanbieter (Cloud) gewährleistet. Die IT-Infrastruktur der DEVK ist redundant ausgelegt. Die beiden Rechenzentren sind über zwei getrennte Glasfaserleitungen miteinander verbunden. Es werden im Rahmen der Cloud-Strategie eine Vielzahl der Systeme in der Cloud betrieben.

Die Informationssicherheits-Strategie der DEVK nennt als Sicherheitsziele die Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit von Daten, Anwendungen und der IT-Infrastruktur. Zentrale Elemente des Informationssicherheits-Managements der DEVK sind das Informationssicherheits-Board und der Informationssicherheits-Beauftragte. Das Informationssicherheits-Board dient der strategischen Steuerung der Informationssicherheit der DEVK-Gruppe und der Vorbereitung sicherheitsrelevanter Entscheidungsvorlagen für den Vorstand. Der Informationssicherheits-Beauftragte steuert den Informationssicherheits-Prozess. Um ein gleichmäßiges und angemessenes Sicherheitsniveau zu erreichen, werden die Sicherheitsmaßnahmen am Schutzbedarf und den Bedrohungen der Sicherheitsziele ausgerichtet. Die DEVK strebt im Hinblick auf das Gesetz zur Erhöhung der Sicherheit informationstechnischer Systeme (IT-Sicherheitsgesetz) für den IT-Betrieb die Zertifizierungsreife nach ISO27001 auf Basis des IT-Grundschutzes nach Standard des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik an.

Ein weiterer Baustein der Informationssicherheit ist auch die Sensibilisierung der Mitarbeitenden für die Gefahren aus Social Engineering und Datenschutz. Hierzu werden über unser Weiterbildungsportal entsprechende Schulungen angeboten.

Das Notfallmanagement (Business Continuity Management) ist Bestandteil des Internen Kontrollsystems. Es gewährleistet, dass die DEVK bei Unterbrechungen zeitkritischer Aktivitäten ihren Geschäftsbetrieb auf einem festgelegten Mindestniveau (Notbetrieb) fortsetzen kann und schnellstmöglich eine Wiederherstellung des Normalbetriebs erreicht. Zentraler Bestandteil des Notfallmanagements ist die Identifizierung der zeit- und geschäftskritischen Aktivitäten einschließlich der erforderlichen Ressourcen. Als kritische Aktivitäten werden all jene bezeichnet, durch deren Ausfall eine Bestandsgefährdung der DEVK-Gruppe erfolgen kann. Szenariospezifisch bestehen Notfallpläne, die einen definierten Notbetrieb gewährleisten und eine schnelle Rückkehr zum Normalbetrieb ermöglichen. Notfallübungen dienen der Prüfung der Wirksamkeit der Maßnahmen.

Auf der Grundlage der Anforderungen wurde ein IT-Service Continuity Plan mit folgenden Bestandteilen entwickelt:

- IT-Notfallhandbuch,
- Wiederanlaufpläne für alle geschäftskritischen Anwendungs-Services und Basisdienste und
- übergeordneter Wiederanlauf-Gesamtplan.

Der IT-Service Continuity Plan wird regelmäßig getestet, um sicherzustellen, dass die IT-Systeme effektiv wiederhergestellt werden können.

Das Management von Kopfmonopolen und Schlüsselpositionen ist grundsätzlich Bestandteil der Personalstrategie der DEVK-Gruppe. Im Rahmen der Personalplanung werden Kopfmonopole und Schlüsselpositionen regelmäßig erhoben. Zur Vermeidung von Kopfmonopolen wird Wissen auf mehrere Mitarbeitende verteilt. Dokumentationen unterstützen die Einarbeitung und Verteilung von Wissen.

Dem demografischen Risiko begegnet die DEVK-Gruppe mit Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitgeberattraktivität. Hierzu zählen verstärktes Personalmarketing und flexible Arbeitszeitmodelle zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Ein aktives Gesundheitsmanagement wirkt dem Krankheitsrisiko der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen entgegen.

Rechtliche Risiken sind Bestandteil der operationellen Risiken. Rechtsänderungsrisiken bezeichnen Risiken, die sich aufgrund einer Änderung des Rechtsumfelds einschließlich der aufsichtsrechtlichen Anforderungen ergeben. Zu den Folgen aus Compliance-Risiken gehören rechtliche oder aufsichtsrechtliche Sanktionen und wesentliche finanzielle Verluste, die aus der Nichteinhaltung externer Anforderungen oder interner Vorgaben resultieren. Die DEVK hat ein Compliance-Management-System etabliert, das die Einhaltung externer Anforderungen und interner Vorgaben gewährleistet.

Solvency II

Die DEVK Krankenversicherungs-AG hat im Jahr 2022 sämtliche Berichtspflichten gegenüber der Aufsicht als auch gegenüber der Öffentlichkeit erfüllt. Bei der aufsichtsrechtlichen Solvenzberechnung auf Basis der Standardformel zeigte sich dabei erneut eine deutliche Überdeckung.

Die 2018 begonnene Rekalibrierung der Standardformel hat die Solvenzberechnung der DEVK Krankenversicherungs-AG nur geringfügig beeinflusst. Die Angemessenheit der Standardformel wurde im ORSA-Bericht der DEVK Krankenversicherungs-AG ausführlich nachgewiesen.

Für die kommenden Jahre erwarten wir nach wie vor Diskussionen über weitere Aspekte der Standardformel und damit einhergehend mögliche Modelländerungen und dadurch bedingte Volatilitäten in den aufsichtsrechtlichen Solvenzbedeckungsquoten.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen nach Solvency II werden erfüllt.¹

Projektionsrechnungen im Rahmen des letzten ORSA-Prozesses per 31. Dezember 2021 zeigen, dass eine ausreichende Bedeckung des Risikokapitals auch in Zukunft sichergestellt ist.¹

Insgesamt ist zurzeit keine Entwicklung erkennbar, die zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage führt und damit den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnte.

Köln, 10. März 2023

Der Vorstand

Dürscheid

Kopisch

Dr. Zons

Anlage zum Lagebericht

Verzeichnis der im Geschäftsjahr betriebenen Versicherungszweige

Selbst abgeschlossenes Geschäft

Krankheitskostenvollversicherung

Ergänzende Krankheitskostenversicherung

Krankentagegeldversicherung

Krankenhaustagegeldversicherung

Reisekrankenversicherung

Pflegepflichtversicherung

Ergänzende Pflegezusatzversicherung

Geförderte Pflegezusatzversicherung

In Rückdeckung übernommenes Geschäft

Reisekrankenversicherung

Die von uns eingesetzten Rechnungsgrundlagen tragen den Erfordernissen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes Rechnung. Nähere Hinweise zur Herleitung von biometrischen Rechnungsgrundlagen finden sich unter www.aktuar.de. Darüber hinaus werden jährlich spezifische Daten (Wahrscheinlichkeitstafeln, Kopfschäden) auf der Homepage der BaFin veröffentlicht (www.bafin.de).

Jahresabschluss

Bilanz zum 31. Dezember 2022

Aktivseite	€	€	€	Vorjahr Tsd. €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände				
I. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		3.014.234		3.324
II. geleistete Anzahlungen		<u>5.473.703</u>		3.849
			8.487.937	7.172
B. Kapitalanlagen				
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	14.900.830			11.284
2. Beteiligungen	<u>13.986.484</u>			12.042
		28.887.314		23.326
II. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	53.063.809			50.401
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	203.465.768			189.980
3. Sonstige Ausleihungen	137.782.299			133.256
4. Andere Kapitalanlagen	<u>1.250.000</u>			1.250
		395.561.876		374.886
			424.449.189	398.212
C. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer	1.004.473			1.055
2. Versicherungsvermittler	133.650			158
3. Mitglieds- und Trägerunternehmen	<u>4.278</u>			-
		1.142.401		1.213
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft		161.221		203
davon:				
an verbundene Unternehmen: 161.221 €				203
III. Sonstige Forderungen		<u>987.832</u>		-
davon:				
an verbundene Unternehmen: 987.832 €			2.291.454	1.416
				-
D. Sonstige Vermögensgegenstände				
- Sachanlagen und Vorräte			1.006.197	1.167
E. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		3.562.432		3.760
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		<u>154.873</u>		221
			3.717.305	3.981
Summe der Aktiva			439.952.083	411.949

Ich bescheinige hiermit entsprechend § 128 Abs. 5 VAG, dass die im Sicherungsvermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Köln, 9. März 2023

Der Treuhänder

Sulitzky

Passivseite			
	€	€	€ Vorjahr Tsd. €
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital		8.000.000	8.000
II. Kapitalrücklage		23.143.000	23.143
III. Gewinnrücklagen			
1. gesetzliche Rücklage	657.000		657
2. andere Gewinnrücklagen	377.128		377
		<u>1.034.128</u>	1.034
		32.177.128	32.177
B. Versicherungstechnische Rückstellungen			
I. Beitragsüberträge		2.494.453	2.444
II. Deckungsrückstellung		322.936.146	303.124
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		17.381.497	15.564
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung			
1. erfolgsabhängige	49.441.062		44.351
2. erfolgsunabhängige	1.006.328		998
		<u>50.447.390</u>	45.349
V. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen		<u>57.228</u>	62
		393.316.714	366.543
C. Andere Rückstellungen			
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		5.166.331	4.603
II. Sonstige Rückstellungen		<u>115.282</u>	167
		5.281.613	4.770
D. Andere Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber			
- Versicherungsnehmern		766.256	642
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		22.920	55
davon:			
gegenüber verbundenen Unternehmen: -			-
III. Sonstige Verbindlichkeiten		<u>6.721.168</u>	7.679
davon:			
aus Steuern: 15.471 €			31
gegenüber verbundenen Unternehmen: 6.324.843 €			7.320
		7.510.344	
E. Rechnungsabgrenzungsposten			
		1.666.285	84
Summe der Passiva		439.952.083	411.949

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten Passiva B. II. eingestellte Deckungsrückstellung in Höhe von 322.936.146,04 € unter Beachtung des § 156 Abs. 2 Nr. 1 VAG berechnet worden ist.

Köln, 9. März 2023

Der Verantwortliche Aktuar

Dr. Bruns

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022

Posten	€	€	€	Vorjahr Tsd. €
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge f. e. R.				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	111.623.011			108.727
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	302.862			312
		111.320.149		108.416
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge		-50.200		37
			111.269.949	108.453
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			8.610.586	12.874
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen		912.453		625
davon:				
aus verbundenen Unternehmen: 479.446 €				379
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		8.123.286		7.868
c) Erträge aus Zuschreibungen		12.978		423
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		920.011		516
			9.968.728	9.432
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge f. e. R.			390.770	637
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle f. e. R.				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	73.618.890			64.409
bb) Anteil der Rückversicherer	16.492			5
		73.602.398		64.404
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		1.817.779		396
			75.420.177	64.800
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung		-19.812.226		-27.206
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		5.195		2
			-19.807.031	-27.204
7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen f. e. R.				
a) erfolgsabhängige		14.103.529		21.161
b) erfolgsunabhängige		883.804		937
			14.987.333	22.098
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb f. e. R.				
a) Abschlussaufwendungen	7.274.230			6.921
b) Verwaltungsaufwendungen	5.234.539			3.983
c) davon ab:		12.508.769		10.904
Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		73.854		77
			12.434.915	10.828
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		247.916		218
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		1.563.414		161
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		307.588		15
			2.118.918	394
10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen f. e. R.			103.046	61
11. Versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.			5.368.613	6.011
Übertrag:			5.368.613	6.011

Posten			
	€	€	Vorjahr Tsd. €
Übertrag:		5.368.613	6.011
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge	162.156		103
2. Sonstige Aufwendungen	2.463.385		2.565
		-2.301.229	-2.462
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		3.067.384	3.549
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	59.967		43
5. Sonstige Steuern	7.416		5
		67.383	49
6. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne		3.000.000	3.500
7. Jahresüberschuss		-	-

Anhang

Bilanzierungs-, Ermittlungs- und Bewertungsmethoden

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** (EDV-Software) wurden zu Anschaffungskosten bewertet und mit Ausnahme der geleisteten Anzahlungen planmäßig abgeschrieben. Bei geringwertigen Anlagegütern, die dem Sammelposten zugeführt wurden, erfolgen Abschreibungen über fünf Jahre verteilt, jeweils beginnend mit dem Anschaffungsjahr. Anderenfalls wurden diese im Jahr der Anschaffung als Betriebsausgabe erfasst.

Die **Anteile an verbundenen Unternehmen** und **Beteiligungen** wurden mit den Anschaffungskosten ausgewiesen.

Der Ansatz der **Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren**, der **Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren** erfolgte zu Anschaffungskosten, niedrigeren Börsenkursen oder zu dem niedrigeren beizulegenden Wert. Kapitalanlagen, die nach § 341b Abs. 2 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet wurden, wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Kapitalanlagen, die dem Umlaufvermögen zugeordnet worden sind, wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Sofern in früheren Jahren eine Abschreibung auf einen niedrigeren Wert erfolgte, wurde eine Zuschreibung vorgenommen, wenn diesen Vermögensgegenständen am Bilanzstichtag wieder ein höherer Wert beigemessen werden konnte. Die Zuschreibungen erfolgten bis zur Höhe der Anschaffungskosten oder auf den niedrigeren Börsenwert.

Derivate wurden grundsätzlich zu Anschaffungskosten oder zu dem niedrigeren beizulegenden Zeitwert bewertet. Bei der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte wurden Marktwerte herangezogen. Für Aktienoptionen, deren Wert zum Stichtag die passivierte Verbindlichkeit überstieg, wurde eine Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften gebildet. Die Berechnung erfolgte nach der Glattstellungsmethode.

Die Bilanzwerte der **Namenschuldverschreibungen** entsprechen den Nennwerten. Agio und Disagio wurden durch Rechnungsabgrenzung auf die Laufzeit verteilt.

Die Bilanzwerte der **Schuldscheinforderungen und Darlehen** und der **übrigen Ausleihungen** wurden zu fortgeführten Anschaffungskosten zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation, einer Differenz zwischen den Anschaffungskosten und den Rückzahlungsbeträgen, unter Anwendung der Effektivzinsmethode angesetzt.

Die anderen Kapitalanlagen wurden zu Anschaffungskosten bewertet.

Die **Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft** sind zu Nennwerten abzüglich einer Wertberichtigung für das latente Ausfallrisiko sowie eine Pauschalwertberichtigung auf die restlichen Forderungsbestände bilanziert worden.

Die **Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft** ergaben sich auf Grundlage der Rückversicherungsverträge und wurden zum Nennwert angesetzt.

Die **sonstigen Forderungen** und **sonstigen Vermögensgegenstände** wurden, soweit sie nicht die Betriebs- und Geschäftsausstattung betrafen, zu Nennwerten bewertet. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wurde zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten vermindert um planmäßige Abschreibungen bilanziert. Die Abschrei-

bungen wurden nach der linearen Methode ermittelt. Bei geringwertigen Anlagegütern, die dem Sammelposten zugeführt wurden, erfolgen Abschreibungen über fünf Jahre verteilt, jeweils beginnend mit dem Anschaffungsjahr. Anderenfalls wurden diese im Jahr der Anschaffung als Betriebsausgabe erfasst.

Unter den **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** wurden neben Vorauszahlungen von Kosten für künftige Zeiträume die noch nicht fälligen Zinsansprüche und das Agio für Namensschuldverschreibungen zu Nennwerten angesetzt.

Die Bemessung der **versicherungstechnischen Rückstellungen** erfolgte nach folgenden Grundsätzen:

Die Berechnung der **Beitragsüberträge** erfolgte Tag genau unter Berücksichtigung des individuellen Versicherungsbeginns und unter Abzug der nicht übertragungsfähigen Teile gemäß dem Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 30. April 1974. Die Beitragsüberträge für das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft wurden entsprechend den Aufgaben des Vorversicherers gebildet. Der Anteil des in Rückversicherung gegebenen Versicherungsgeschäfts wurde den vertraglichen Regelungen entsprechend bewertet.

Die **Deckungsrückstellung** wurde einzeln unter Beachtung des tatsächlichen Versicherungsbeginns ermittelt, bei der Pflegepflichtversicherung und im Basistarif wurde ein mittlerer Versicherungsbeginn zum 1. Juli zu Grunde gelegt.

Die Deckungsrückstellung enthält ebenfalls Mittel zur Finanzierung der Beitragsentlastung im Alter gemäß § 149 VAG und § 150 VAG, soweit sie nicht in der Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung thesauriert wurden. Für den Teil der Deckungsrückstellung, der aus dem Mitversicherungsvertrag der Gemeinschaft privater Versicherungsunternehmen (GPV) resultiert, wurde der vom Geschäftsführer der GPV genannte Betrag übernommen.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wird mit dem ChainLadder-Verfahren unter Verwendung der erst nach dem Bilanzstichtag gezahlter, aber bereits zuvor angefallener Schadenzahlungen vergangener Geschäftsjahre, berechnet. In der Rückstellung wurden Schadenregulierungsaufwendungen unter Berücksichtigung des Erlasses des Finanzministeriums NRW vom 2. Februar 1973 (Seite 2750 - 24 - VB4) berücksichtigt. Die Brutto-Rückstellungen für das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft wurden entsprechend den Aufgaben des Vorversicherers gebildet. Der Anteil des in Rückversicherung gegebenen Versicherungsgeschäfts wurde den vertraglichen Regelungen entsprechend bewertet.

Die **sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen** enthalten eine Stornorückstellung für die Deckung künftig eintretender Verluste aus dem überrechnungsmäßigen vorzeitigen Abgang. Die Rückstellung wurde prozentual aus der Summe aller negativen Alterungsrückstellungen berechnet.

Die anderen **Rückstellungen** wurden nach folgenden Grundlagen gebildet:

Die Berechnung der **Pensionsrückstellung** erfolgte nach der sogenannten Projected Unit Credit-Methode auf der Basis der HEUBECK-Richttafel 2018 G. Der Diskontierungszinssatz wurde auf Basis der bisher gültigen Rückstellungsabzinsungsverordnung als 10-jähriger Durchschnitt festgelegt. Er wurde mit 1,78 % (Vorjahr 1,87 %) angesetzt und auf Basis einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ermittelt (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB). Als Finanzierungsendalter wurde die vertragliche Altersgrenze verwendet. Die Gehaltdynamik wurde mit 2,0 % p. a., die Rentendynamik wurde je nach Zusage mit 2,0 %, 2,0 % bzw. 1,0 % p. a. angesetzt.

Die **sonstigen Rückstellungen** sind für das laufende Geschäftsjahr gebildet und bemessen sich nach dem nach kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag.

Die **Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft** und die **sonstigen Verbindlichkeiten** wurden mit dem Erfüllungsbetrag bewertet.

Die **Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft** ergaben sich auf der Grundlage der Rückversicherungsverträge und wurden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Unter den **passiven Rechnungsabgrenzungsposten** wurde das Disagio aus Namensschuldverschreibungen angesetzt.

Die Währungsumrechnung von Posten in fremder Währung erfolgte zum Bilanzstichtag mit dem Devisenkassamittelkurs. Die Währungsumrechnung von Leistungen der Auslandsreise-Krankenversicherung erfolgte bedingungsgemäß zum Kurs des Tages, an dem die Belege beim Versicherer eingingen, es sei denn, dass der Versicherungsnehmer einen ungünstigeren Kurs nachwies.

Angaben zu latenten Steuern erfolgen aufgrund der steuerlichen Organschaft auf Ebene der Organträgerin DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG - DEVK RE, Köln.

Entwicklung der Aktivposten A., B. I. bis II. im Geschäftsjahr 2022

Aktivposten	Bilanzwerte		Um-		Zuschrei- bungen	Abschrei- bungen	Bilanzwerte Geschäftsjahr
	Vorjahr Tsd. €	Zugänge Tsd. €	buchungen Tsd. €	Abgänge Tsd. €			
A. Immaterielle Vermögensgegenstände							
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	3.324	188	-	-	-	498	3.014
2. geleistete Anzahlungen	3.849	1.625	-	-	-	-	5.474
3. Summe A.	7.173	1.813	-	-	-	498	8.488
B. I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen							
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	11.284	3.617	-	-	-	-	14.901
2. Beteiligungen	12.042	2.268	-	324	-	-	13.986
3. Summe B. I.	23.326	5.885	-	324	-	-	28.887
B. II. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	50.401	8.845	-	4.632	13	1.563	53.064
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	189.980	27.855	-	14.369	-	-	203.466
3. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	93.000	11.000	-	4.000	-	-	100.000
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	40.256	35	-	2.509	-	-	37.782
4. Andere Kapitalanlagen	1.250	-	-	-	-	-	1.250
5. Summe B. II.	374.887	47.735	-	25.510	13	1.563	395.562
insgesamt	405.386	55.433	-	25.834	13	2.061	432.937

Bei den Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenständen handelt es sich um planmäßige Abschreibungen. Aufgrund von voraussichtlich dauernder Wertminderungen wurden bei Vermögensgegenständen des Anlagevermögens außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 0,3 Mio. € vorgenommen.

Die Steigerung der immateriellen Vermögensgegenstände resultiert aus der Einführung eines neuen Bestandsführungs- und Leistungssystem (KLuB). Es ist eine lineare Abschreibung mit einer Laufzeit von zehn Jahren geplant.

Erläuterungen zur Bilanz

Zu Aktiva B.

Kapitalanlagen

In gewissem Umfang haben wir Kapitalanlagen, die dauerhaft im Kapitalanlagebestand gehalten werden sollen, gemäß § 341b Abs. 2 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet. Die Kapitalanlagen weisen zum 31. Dezember 2022 folgende Buch- und Zeitwerte aus:

Kapitalanlagen	Buchwert €	Zeitwert €
B. I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	14.900.830	16.919.052
2. Beteiligungen	13.986.484	23.468.434
B. II. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	53.063.809	59.555.749
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	203.465.768	172.241.998
3. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	100.000.000	80.459.828
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	37.782.299	33.131.477
4. Andere Kapitalanlagen	1.250.000	1.250.000
insgesamt	424.449.190	387.026.538
davon:		
zu Anschaffungskosten bewertete Kapitalanlagen	324.449.189	306.566.710
davon:		
Kapitalanlagen im Anlagevermögen gemäß § 341b Abs. 2 HGB	240.932.600	210.458.904

In den Bewertungsreserven sind insgesamt stille Lasten in Höhe von 57,9 Mio. € enthalten. Diese entfallen auf die Sonstigen Kapitalanlagen.

Bei der Ermittlung der Zeitwerte wurden in Abhängigkeit von der jeweiligen Anlageart verschiedene Bewertungsmethoden angewandt.

Die Zeitwertermittlung für Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen erfolgte zum Marktwert oder zum Buchwert.

Sowohl Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und anderen nicht festverzinsliche Wertpapiere, als auch die zu Anschaffungskosten bilanzierten festverzinslichen Wertpapiere, wurden mit den Börsenjahresabschlusskursen bewertet. Die Zeitwerte der sonstigen Ausleihungen wurden gemäß § 56 RechVersV auf der Grundlage der Renditestrukturkurve zu marktüblichen Konditionen ermittelt.

Die Zeitwertermittlung sonstiger anderer Kapitalanlagen erfolgte Buchwert gleich Marktwert.

Bei auf fremde Währung lautenden Kapitalanlagen wurde der Devisenkassamittelkurs zum Jahresende in die Zeitwertermittlung einbezogen.

Finanzinstrumente i. S. d. § 285 Nr. 18 HGB, die über ihrem beizulegenden Zeitwert bilanziert wurden

	Buchwert Tsd. €	beizulegender Zeitwert Tsd. €
Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	25.078	22.919
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	186.571	155.199
Namensschuldverschreibungen	90.000	70.367
Schuldscheinforderungen und Darlehen	35.747	31.054

Abschreibungen wurden unterlassen, da es sich nicht um voraussichtlich dauernde Wertminderungen handelt. Es ist beabsichtigt, diese Wertpapiere bis zu ihrer Fälligkeit zu halten bzw. nach unserem Bewertungstool oder unseren Analysen nur von einer vorübergehenden Wertminderung ausgegangen wird.

Derivative Finanzinstrumente und Vorkäufe gemäß § 285 Nr. 19 HGB

	Art	nominaler Umfang Tsd. €	Buchwert Prämie Tsd. €	beizulegender Wert der Prämie Tsd. €
Sonstige Verbindlichkeiten	Short-Put-Optionen	600	92	6
Namensschuldverschreibungen	Vorkäufe	8.000	-	-747

Bewertungsmethode

Short-Optionen: europäische Optionen Black-Scholes
amerikanische Optionen Barone-Adesi

Vorkäufe: Bloomberg/eigene Berechnung aufgrund von Marktdaten

Anteile oder Anlageaktien in inländischem Investmentvermögen gemäß § 285 Nr. 26 HGB

Anlageziel	Ausschüttung Tsd. €	Zeitwert Tsd. €	stille Reserven/ stille Lasten Tsd. €	Beschränkung der täglichen Rückgabe
Rentenfonds	251	18.967	-1.386	
Immobilienfonds	691	16.301	2.926	zwischen jederzeit bis nach 6 Monaten

Zu Aktiva B. I.**Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen**

	Anteil in %	Eigenkapital €	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres €
Grundversorgung S.C.S., Luxemburg (L)	4,39	165.688.149 ²	17.924.136 ²
Ictus GmbH, Köln	5,00	48.032.270	-5.130.669
Sana Kliniken AG, Ismaning	0,70	1.139.149.000 ³	67.648.000 ³
Swiss Life Health Care III SICAV-FIS, Luxemburg (L)	1,68	176.420.200 ³	13.346.615 ³

² Basis Teilkonzernabschluss

³ Basis Geschäftsjahr 2021

Zu Aktiva B. II.

Sonstige Kapitalanlagen

Die **anderen Kapitalanlagen** setzen sich aus Private Equity Dachfondsanteilen zusammen, die primär in Private Equity Zielfonds investieren.

Zu Aktiva E. II.

Rechnungsabgrenzungsposten

Vorauszahlungen für künftige Leistungen	117.167 €
Agio aus Namensschuldverschreibungen	37.706 €
	154.873 €

Zu Passiva A. I.

Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital in Höhe von 8,0 Mio. € ist in 8,0 Mio. nennwertlose Stückaktien eingeteilt.

Zu Passiva B. II.

Deckungsrückstellung

In der Position Passiva B. II. sind Deckungsrückstellungen in Höhe von 1.152,68 € enthalten, welche auf zum 31. Dezember des Geschäftsjahres gekündigte Verträge entfallen. Es handelt sich hierbei um Verträge, für die ein Übertragungsanspruch eines Nachversicherers der privaten Krankheitskostenvollversicherung und Pflegepflichtversicherung gemäß § 146 Abs. 1 VAG besteht.

Zu Passiva B. IV.

Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Zerlegung der Rückstellung für Beitragsrückerstattung und Betrag gemäß § 150 VAG

	Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung	Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		
		Poolrelevante RfB aus der PPV	Betrag nach § 150 Abs. 4 VAG	Sonstiges
	Tsd. €			
1. Bilanzwerte Vorjahr	44.351	-	123	876
2. Entnahme zur Verrechnung	8.611	-	-	-
3. Entnahme zur Barausschüttung	402	-	-	876
4. Zuführung	14.104	-	4	879
5. Bilanzwerte Geschäftsjahr	49.441	-	127	879
6. Gesamter Betrag des Geschäftsjahres nach § 150 VAG:	73.3 Tsd. €			

Zu Passiva E.

Rechnungsabgrenzungsposten

Disagio aus Namensschuldverschreibungen	1.666.285 €
---	--------------------

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft		
	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
gebuchte Bruttobeiträge		
– Einzelversicherungen	105.136	102.484
– Gruppenversicherungen	4.659	4.505
gebuchte Bruttobeiträge		
– laufende Beiträge	103.746	100.998
– Einmalbeiträge	6.049	5.991
gebuchte Bruttobeiträge		
– Krankheitskostenversicherungen	5.195	5.134
– Krankentagegeldversicherungen	6.348	6.083
– selbstständige Krankenhaustagegeldversicherungen	1.947	1.930
– sonstige selbstständige Teilversicherungen	89.357	87.024
– Pflegepflichtversicherungen	901	827
– Auslandsreise-Krankenversicherung	6.049	5.991
Beitragszuschlag nach § 149 VAG	318	324
Rückversicherungssaldo	-213	-230

Zum 31. Dezember 2022 beträgt der in den Tarifen der DEVK Krankenversicherungs-AG einkalkulierte durchschnittliche unternehmensindividuelle Rechnungszins (duRz) 1,965 %.

Zu Posten I. 4.

Sonstige versicherungstechnische Erträge f. e. R.

In den sonstigen versicherungstechnischen Erträgen sind Übertragungswerte von Vorversicherungsunternehmen der privaten Krankheitskostenvollversicherung und der Pflegepflichtversicherung gemäß § 146 Abs. 1 VAG in Höhe von 3.232 € enthalten.

Zu Posten I. 6.

Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen

In der Veränderung der Alterungsrückstellung ist eine Direktgutschrift gemäß § 150 Abs. 2 VAG in Höhe von 68.862 € enthalten.

Zu Posten I. 7.

Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung f. e. R.

In den Aufwendungen für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung sind Aufwendungen gemäß § 150 Abs. 4 VAG in Höhe von 4.395 € enthalten.

Zu Posten I. 10.

Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen f. e. R.

In den sonstigen versicherungstechnischen Aufwendungen sind Übertragungswerte gemäß § 146 Abs. 1 VAG, die auf Nachversicherungsunternehmen der privaten Krankheitskostenvollversicherung und der Pflegepflichtversicherung übertragen wurden, in Höhe von 99.603 € enthalten.

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen		
	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	4.399	4.610
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	-	-
3. Löhne und Gehälter	359	323
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	-	-
5. Aufwendungen für Altersversorgung	549	182
insgesamt	5.307	5.115

Die Pensionsrückstellung für die im Wege des Gemeinschaftsvertrags zur Verfügung gestellten Mitarbeiter wird bei der DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG - DEVK RE bilanziert. Die Zuführung zur Pensionsrückstellung, mit Ausnahme der Zinszuführung, wird der DEVK Krankenversicherungs-AG belastet.

Im Berichtsjahr betrugen die Bezüge des Vorstands 382.545 €. Die Ruhegehälter früherer Vorstandsmitglieder bzw. Hinterbliebener beliefen sich auf 150.190 €. Für diesen Personenkreis war am 31. Dezember 2022 eine Pensionsrückstellung von 2.863.684 € bilanziert. Die Vergütungen des Aufsichtsrats beliefen sich auf 65.059 €.

Von den Erträgen aus Kapitalanlagen entfallen 41.880 € (Vorjahr 23.778 €) auf die Währungsumrechnung. Die Aufwendungen für Kapitalanlagen enthalten 8.886 € (Vorjahr - €) aus der Währungsumrechnung.

Abschlussprüferhonorare

Für Leistungen, die der Abschlussprüfer (KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft) für das Unternehmen erbracht hat, wurden im Geschäftsjahr 75.738 € aufgewendet (inkl. 9.718 € Minderaufwand für 2021). Diese entfielen in vollem Umfang auf Abschlussprüfungsleistungen.

Sonstige Angaben

Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 HGB

Der Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 HGB beträgt zum Stichtag 292.033 € (Vorjahr 383.780 €) und resultiert aus der Pensionsrückstellung.

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Resteinzahlungsverpflichtungen aus Immobilien und Anteilen an verbundenen Unternehmen betragen zum Jahresende 22,6 Mio. €. Hierauf entfallen Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 15,8 Mio. €.

Es bestanden am Bilanzstichtag finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 0,6 Mio. € aus offenen Short-Optionen und 8,0 Mio. € aus offenen Vorkäufen.

Aufgrund der gesetzlichen Regelungen in den §§ 221 ff. VAG sind die Krankenversicherer zur Mitgliedschaft in einem Sicherungsfonds verpflichtet. Der Sicherungsfonds kann nach der Übernahme der Versicherungsverträge zur Erfüllung seiner Aufgaben Sonderbeiträge in Höhe von max. 2 % der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen erheben. Demnach würde sich für 2022 eine Zahlungsverpflichtung von 786.633 € ergeben.

Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres waren keine Vorgänge oder Ereignisse zu verzeichnen, die die zukünftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich beeinflussen.

Allgemeine Angaben

Anzahl der versicherten natürlichen Personen im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft		
	Geschäftsjahr	Vorjahr
Zahl der versicherten natürlichen Personen	479.285	465.929
– Krankheitskostenversicherung	1.450	1.426
– Krankentagegeldversicherungen	126.477	125.803
– selbstständige Krankenhaustagegeldversicherungen	58.342	57.288
– sonstige selbstständige Teilversicherungen	341.720	335.296
– Pflegepflichtversicherungen	1.717	1.700

Die DEVK Krankenversicherungs-AG, Köln, ist beim Amtsgericht unter der Handelsregisternummer HRB 24806 eingetragen.

Die Aufstellung der Mitglieder des Geschäftsführungsorgans und des Aufsichtsrats befinden sich vor dem Lagebericht.

Unser Unternehmen verfügt nicht über eigenes Personal.

An unserer Gesellschaft ist zum Bilanzstichtag die DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG - DEVK RE, Köln, mit 100 % beteiligt. Die Gesellschaft DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG - DEVK RE, Köln, hat gemäß § 20 Abs. 4 AktG mitgeteilt, dass ihr die Mehrheit der Stimmrechte zustehen.

Der Jahresabschluss wird gemäß den rechtlichen Vorschriften im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Name und Sitz des Mutterunternehmens, das den Konzernabschluss aufstellt, in den das Unternehmen einbezogen wurde:

DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung
Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G.
Betriebliche Sozialeinrichtung der Deutschen Bahn
Zentrale, Riehler Straße 190, 50735 Köln

Der Konzernabschluss ist auf der Homepage der DEVK unter www.devk.de eingestellt und wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Köln, 10. März 2023

Der Vorstand

Dürscheid

Kopisch

Dr. Zons

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die DEVK Krankenversicherungs-Aktiengesellschaft, Köln

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der DEVK Krankenversicherungs-Aktiengesellschaft, Köln, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der DEVK Krankenversicherungs-Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 geprüft.

Die in der Anlage zum Bestätigungsvermerk genannten Bestandteile des Lageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2022 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der im Abschnitt „Sonstige Informationen“ genannten Bestandteile des Lageberichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Bewertung von in der Deckungsrückstellung enthaltenen tariflichen Alterungsrückstellung

Hinsichtlich der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze verweisen wir auf die Erläuterungen im Anhang der Gesellschaft im Abschnitt „Bilanzierungs-, Ermittlungs- und Bewertungsmethoden“. Risikoangaben sind im Lagebericht im Abschnitt „Risikobericht“ enthalten.

DAS RISIKO FÜR DEN ABSCHLUSS

Die Gesellschaft weist in ihrem Jahresabschluss eine Bilanz-Deckungsrückstellung in Höhe von EUR 322,9 Mio aus. Das entspricht 73,4 % der Bilanzsumme; hieraus ergibt sich ein wesentlicher Einfluss auf die Vermögenslage der Gesellschaft.

Die Bilanz-Deckungsrückstellung setzt sich zusammen aus der tariflichen Alterungsrückstellung, den angesammelten Mitteln aus der Direktgutschrift gemäß § 150 VAG und der Rückstellung für den gesetzlichen Zuschlag gemäß § 149 VAG:

Die tarifliche Alterungsrückstellung ergibt sich grundsätzlich als Summe der einzelvertraglich ermittelten Alterungsrückstellungen. Die Alterungsrückstellungen der einzelnen Versicherungen werden tarifabhängig auf Basis von Inputparametern durch eine Vielzahl von Berechnungsschritten im Rechenkern ermittelt.

Dabei sind neben den handelsrechtlichen auch aufsichtsrechtliche Vorschriften zu beachten. Insbesondere sind der Berechnung der Alterungsrückstellungen zwingend dieselben Bewertungsparameter zugrunde zu legen, die auch bei der Prämienberechnung verwendet wurden. Dazu gehören insbesondere die Annahmen zu den rechnungsmäßigen Kopfschäden (durchschnittliche Schadenleistungen pro Person pro Jahr) sowie die Annahmen zum Rechnungszins, Kosten, Storno und der Ausscheideordnung.

Die Höhe der tariflichen Alterungsrückstellungen wird dabei wesentlich durch die Annahmen zu den rechnungsmäßigen Kopfschäden (durchschnittliche Schadenleistungen pro Person pro Jahr) sowie den Annahmen zum Zins und Storno bestimmt. Bei Beitragsanpassungen erfolgt die Umsetzung der Änderungen in den Annahmen erst nach Zustimmung durch den unabhängigen Treuhänder.

Das Risiko für den Abschluss besteht insoweit in einer inkonsistenten, nicht korrekten Verwendung oder Anpassung der Berechnungsmethodik, der Berechnungsparameter sowie der eingeflossenen Daten, so dass die tariflichen Alterungsrückstellungen nicht in der gesetzlich vorgeschriebenen Höhe gebildet werden.

UNSERE VORGEHENSWEISE IN DER PRÜFUNG

Bei der Prüfung der Deckungsrückstellung haben wir als Teil des Prüfungsteams eigene Aktuarien eingesetzt und folgende wesentlichen Prüfungshandlungen durchgeführt:

- Wir haben uns davon überzeugt, dass die Versicherungsverträge in den Bestandsführungssystemen vollständig in die tariflichen Alterungsrückstellungen eingeflossen sind. Hierbei haben wir die von der Gesellschaft eingerichteten Kontrollen auf ihre Angemessenheit und Wirksamkeit hin getestet. Einen besonderen

Fokus haben wir auf Kontrollen gelegt, die sicherstellen, dass neue Tarife richtig erfasst werden bzw. Annahmeänderungen richtig in den Systemen umgesetzt werden. Dabei haben wir im Rahmen von Abstimmungen zwischen dem Bestandsführungssystem, Rechenkern und dem Inkassosystem beurteilt, ob die Verfahren zur Übertragung der Werte fehlerfrei arbeiten.

- Um festzustellen, dass die einzelvertraglichen tariflichen Alterungsrückstellungen entsprechend den Festlegungen der sogenannten Technischen Berechnungsgrundlagen vorgenommen wurden, haben wir für einen bewusst ausgewählten Teilbestand die Alterungsrückstellungen mit eigenen EDV-Programmen berechnet und die Ergebnisse mit den von der Gesellschaft ermittelten Werten verglichen.
- Wir haben die zur Ermittlung der tariflichen Alterungsrückstellungen verwendeten Bewertungsparameter (Rechnungszins, rechnungsmäßige Kopfschäden, Kosten, Sterbe- und Stornotafeln) mit denen der Prämienkalkulation abgestimmt; für jeden Tarif die durchschnittliche Alterungsrückstellung pro Tarifversichertem ermittelt und die Veränderungen zu den Vorjahren analysiert.
- Im Rahmen unserer Prüfungshandlungen zu den im Geschäftsjahr 2022 durchgeführten Beitragsanpassungen haben wir uns davon überzeugt, dass der unabhängige Treuhänder den vorgenommenen Änderungen zugestimmt hat. Im Falle von Änderungen des Rechnungszinses haben wir beurteilt, ob der verwendete Rechnungszins im Einklang mit dem sogenannten Aktuariellen Unternehmenszinses (AUZ) steht.
- Zur Sicherstellung der korrekten Umsetzung der vom unabhängigen Treuhänder genehmigten Beitragsanpassung haben wir für bewusst ausgewählte Tarife die korrekte Anwendung der neuen Rechnungsgrundlagen überprüft. Darüber hinaus haben wir die Ermittlung der Limitierungsmittel aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattungen nachvollzogen.
- Wir haben aus der Gesamtveränderung der Deckungsrückstellung bekannte Effekte wie Limitierungsmittel aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattungen, Direktgutschriften, rechnungsmäßige Zinsen und Zillmerbeträge separiert und die restliche Veränderung (sog. „bereinigte Veränderung“) im Zeitablauf analysiert.
- Ausgehend von der Nettoverzinsung haben wir die Ermittlung der Direktgutschrift nach § 150 Abs. 1 und 2 VAG nachvollzogen und die entsprechende Zuschreibung zur Deckungsrückstellung abgestimmt.

UNSERE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die verwendeten Methoden zur Bewertung der in der Deckungsrückstellung enthaltenen tariflichen Alterungsrückstellung sind sachgerecht und stehen im Einklang mit den handels- und aufsichtsrechtlichen Vorschriften. Die zur Bewertung erforderlichen Berechnungsparameter und Daten sind angemessen abgeleitet und verwendet worden.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter bzw. der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die folgenden nicht inhaltlich geprüften Bestandteile des Lageberichts:

- die im Lagebericht als ungeprüft gekennzeichneten Angaben.

Die sonstigen Informationen umfassen den Geschäftsbericht. Die sonstigen Informationen umfassen nicht den Jahresabschluss, die inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben sowie unseren dazugehörigen Bestätigungsvermerk.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümer ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festge-

stellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus:

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender und geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben so-

wie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, und sofern einschlägig, die zur Beseitigung von Unabhängigkeitsgefährdungen vorgenommenen Handlungen oder ergriffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden in der Aufsichtsratssitzung am 18. Mai 2022 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 13. Juni 2022 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 1998 als Abschlussprüfer der DEVK Krankenversicherungs-Aktiengesellschaft tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Wir haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für das geprüfte Unternehmen bzw. für die von diesem beherrschten Unternehmen erbracht:

- Prüfung der Solo-Solvabilitätsübersicht der Gesellschaft.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Thorsten Klitsch.

Köln, den 31. März 2023

KPMG AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft AG

Klitsch

Wirtschaftsprüfer

Bramkamp

Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat während des Geschäftsjahres 2022 die Geschäftsführung des Vorstands auf Grund schriftlicher und mündlicher Berichterstattung laufend überprüft und sich in mehreren Sitzungen über die geschäftliche Entwicklung, die Geschäftspolitik und die Ertragslage des Unternehmens unterrichten lassen.

Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die gemäß den gesetzlichen Vorschriften zum Abschlussprüfer bestellt wurde, hat den vom Vorstand erstellten Jahresabschluss und den Lagebericht 2022 geprüft. Diese Prüfung hat zu keinen Beanstandungen geführt. Der Bestätigungsvermerk wurde ohne Einschränkung erteilt. Der Aufsichtsrat hat die Prüfungsergebnisse zur Kenntnis genommen.

Der Aufsichtsrat hat nach Vorbereitung durch den Prüfungsausschuss den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht geprüft und gebilligt. Der Jahresabschluss 2022 ist damit festgestellt.

Der Aufsichtsrat spricht dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit aus.

Köln, 10. Mai 2023

Der Aufsichtsrat

Rüßmann

Vorsitzender